

die vorläufig nicht von der Deutschnationalen Volkspartei hier befürwortet werden. Meine Herren! Seien Sie vorsichtig, Sie haben etwas zu verlieren!

Man kann mit Fug und Recht davon sprechen, daß die bisherigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien jedes grundsätzlichen Charakters entbehren und daß hinter diesem Parteigezänk regulierend seine Majestät das Trustkapital steht. So richten sich die Klassenfronten aus, die Arbeiterklasse unter der Führung der Kommunistischen Partei und das Trustkapital mit seinen Interessenvertretungen, den bürgerlichen Parteien sowie der Sozialdemokratie.

Wir haben eine Etatberatung, die letzte vor den Neuwahlen dieses Hauses. Es ist eigentlich etwas verwunderlich, daß hier nicht schon stärkere Wahlreden gehalten worden sind. Die Wahlreden entbehren der Zugkraft, wenn man so ein kleines Parteigezänk macht. Ich glaube allerdings, daß die Ursache in dem Unvermögen liegt, Klassenfragen noch aufzurollen, weil in der Tat eine Einheitsfront bereits vorhanden ist und weil man bei dem ganzen Wahlkampf nur eins will: unter allen Umständen verhindern, daß die Arbeiterschaft noch mehr nach links abschwinkt und sich noch mehr unter die Führung der Kommunistischen Partei stellt. Daher die ganze Hetze und Verleumdung gegen die Kommunistische Partei von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

Mit Ausnahme der Kommunisten führen alle Parteien den Wahlkampf lediglich mit Versprechungen, und zwar in der Hauptsache mit dem Hinweis darauf, daß mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie die Notlage der werktätigen Massen zu beheben sei. Das ist der größte Schwindel. Alle wissen, daß es nicht möglich ist. Trotzdem versuchen sie, es den Massen weiszumachen. Wir Kommunisten sagen den werktätigen Massen, daß nur der Klassenkampf bis zum Sturz der bürgerlichen Gesellschaft — die proletarische Revolution — die einzige Möglichkeit ist, mit dem Massenelend aufzuräumen und wirkliche Freiheit, wirkliche Demokratie zu schaffen. (Zuruf bei der Deutschen Demokratischen Partei: „Wie in Rußland?“) — Die Arbeiter in Deutschland wären zufrieden, wenn sie die Freiheit und die Demokratie hätten, die die Arbeiter in Rußland haben. (Zuruf bei

der Deutschen Demokratischen Partei: „Na, na!“) Dabei haben wir Kommunisten für unsere Behauptungen, für unsere Lehre die geschichtliche Bestätigung, und auch die Gegenwart spricht für uns. (Zuruf bei der Deutschen Demokratischen Partei: „Zum Beispiel der Ausschluß Trotzki!“) — Machen Sie sich keine Sorgen um Trotzki; der hat selbst Sorgen genug! (Heiterkeit.) Die politische und wirtschaftliche Situation schreit nach Kampf. Offensichtlich ist die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze und der Klassengegensätze. Es ist ein Spiel von Narren und Betrügnern, den Massen etwas vorzureden von Befriedung des Wirtschaftslebens und Ausgleichung der imperialistischen Gegensätze. Im Vordergrund dieser Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze stehen die Konflikte, die bis dicht an den Ausbruch von Kriegen herangereift sind. Es steht im Vordergrund jene große weltbewegende Revolution, die sich in China entwickelt. Ob man die Revolutionäre niederschlägt und ob man versucht, die Revolution in China totzureden, sie ist da, und sie wird weder durch Tschiang Kai-schek noch durch sonst jemand ausgerottet werden, weil sich hier die Arbeiter- und Bauernmassen gegen den imperialistischen Druck erheben und angefeuert durch das Beispiel der russischen Arbeiter und Bauern den Weg gehen: Sturz des imperialistischen Systems und Aufrichtung der Sowjetmacht auch in dem großen chinesischen Reiche. (Bravorufe bei den Kommunisten.) Damit wird ein weiterer ungeheurer Teil der Erde dem Imperialismus entzogen werden; damit wird — noch mehr als schon durch die Sowjetunion — dem Imperialismus das Grab gegraben.

Im Vordergrund steht ferner jener große Wirtschaftskampf, zu dem jetzt die Stahlindustriellen aufgerufen haben. Diese Stilllegungsaktion^[31], die sie angekündigt haben, ist noch keineswegs begraben, wie es die sozialdemokratischen Blätter die Arbeiter glauben machen wollen. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Die Stilllegungsanzeige ist erfolgt, sie besteht, und sie hat gar nichts zu tun mit dem Schiedsspruch. Aus dem Grunde ist es notwendig, daß die Arbeiter sich nicht täuschen lassen durch solche Manöver, wie sie von der Sozialdemokratie eingeleitet worden sind. Erst die großen Töne von Enteignung, und heute im „Vorwärts“: Das Resultat ist unbefriedigend!

Das ist ein Gegensatz, aus dem sich ergibt, daß das, was der „Vorwärts“ von Enteignung schrieb, nicht ernst gemeint war, daß die sozialdemokratischen mit den christlichen Gewerkschaftsführern zusammen die Arbeiter in die Fabriken hineintreiben werden, so wie es das Trustkapital verlangt. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Nun, die Arbeiter werden die Lehre zu ziehen haben. Denn was sich hier im Ruhrgebiet tut, ist der Beginn der großen Auseinandersetzung, mit der das Trustkapital versucht, seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erlangen und zu wahren: durch den schärfsten Druck, durch Verlängerung der Arbeitszeit und Abbau der Löhne. Deshalb werden die Arbeiter — nicht nur der Großeisenindustrie, sondern aller großen Industrien, insbesondere der Chemie und der Elektroindustrie — daraus die Lehre ziehen müssen, nicht etwa zuzuschauen, was sich im Ruhrgebiet vollzieht, sondern den Massenkampf gegen das Trustkapital zu organisieren und vereinigt mit der Arbeiterschaft der Großeisenindustrie den Kampf auf dem Gebiete aufzunehmen, auf dem die Trustkapitalisten ihn den Arbeitern angeboten haben. (Abgeordneter Dr. von Waldthausen: „Auf welchem Wege wollen Sie die Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen?“) Wir Kommunisten werden bei den Arbeitern nicht lockerlassen, bis ihnen die Erkenntnis aufgegangen ist, daß dieser Kampf geführt werden muß; denn er geht um Leben und Gesundheit der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands. (Abgeordneter Dr. von Waldthausen: „Bitte, beantworten Sie jetzt mal meine Frage, Herr Pieck!“) — Ich werde mir doch nicht meine Disposition verderben lassen, die in einer Stunde bewältigt werden muß. — Die Ursachen für die Zuspitzung der Kämpfe liegen in der durch den Weltkrieg hervorgerufenen Desorganisation der kapitalistischen Wirtschaft. Die Bemühungen der kapitalistischen Staaten gehen dahin, die Auswirkungen dieser Desorganisation lediglich auf die werktätigen Massen abzuwälzen, um sich vor jeder Belastung zu drücken. Diese Desorganisation ruft einen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf von unerhörter Schärfe unter den Kapitalisten der verschiedenen Länder hervor. Kapitalisten aller Länder versuchen, ihre Konkurrenzfähigkeit — billige und gute Ware — nur dadurch zu erlangen, daß sie auch die Lasten der Rationalisierung, wie man es nennt, ganz und gar und allein auf die

werkstätigen Massen abwälzen. (Abgeordneter Dr. von Waldthausen: „Und der Abbau der Ingenieure, die heute auch nichts zu tun haben?“) — Die Ingenieure gehören ebenso zu den werktätigen Massen, nicht aber die Aktionäre, jene Parasiten, die nichts tun, aber die Profite in die Tasche stecken. Dazu gehört auch die Familie Krupp, die doch keinen Finger krumm macht und nur die Dividenden und Erträge aus der Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiterschaft, der Konsumenten einrafft.

Wodurch versucht der Kapitalismus, diese Konkurrenzfähigkeit zu erreichen? Durch vermehrte Ausbeutung, Verlängerung der Arbeitszeit, Lohndruck, Steigerung der Arbeitsintensität. Ferner durch gesteigerte Ausplünderung, durch Schutzzölle, die die Mehrheitsparteien des Reichstages beschließen. Diese Schutzzölle sind nichts anderes als die Spekulation — nicht nur Spekulation, sondern das Attentat auf die Kaufkraft der inländischen Konsumenten, um dadurch die Inlandspreise in die Höhe zu treiben, um so auf dem Weltmarkt dem Ausland billig die Waren liefern zu können. Zu der vermehrten Ausplünderung gehört die unerhörte Steigerung der Massensteuern. Gestern hat der Herr Finanzminister hier seine Zahlen aufmarschieren lassen. Worauf basiert denn der ganze Etat der Länder und des Reiches? Auf der Ausplünderung der werktätigen Massen. Massensteuern, Lohnsteuer und Hauszinssteuer sind die Träger des Etats des Reiches wie auch der Länder. Es ist ein unerhörtes Betrugsmanöver, was jetzt im Steuerausschuß des Reichstages mit der sogenannten Lohnsteuersenkung unternommen wird. Die Parteien wissen ganz genau, daß es bedeutet, der Masse Sand in die Augen zu streuen. Denn was dabei herauskommt, ist ein so jämmerlicher Betrag, daß er nicht wert ist, überhaupt genannt zu werden. Aber hier hat sich etwas offenbart, woraus die Massen lernen müssen. Warum entsteht jetzt dieser Konflikt wegen der Nichtdurchführung der lex Brüning, die bestimmte: Wenn die Lohnsteuer über 1200 Millionen im Jahre steigt, muß sie abgebaut werden? Jetzt erklärt der Vertreter Preußens im Steuerausschuß: Wir können das nicht zulassen, wir brauchen sogar 1300 Millionen, um die Besoldungsordnung für die Beamten durchzuführen. Was bedeutet das? Sie haben aus Wahlmanövergründen den Beamten höhere Gehälter bewilligt, wollen diese Gehälter aber nicht aus der Tasche der Besitzenden,

sondern aus der Tasche der Arbeiter bezahlen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Also die Arbeiter müssen die Gehaltserhöhung der Beamten bezahlen, die Sie aus Wahlmanövergründen bewilligt haben. Aber die Arbeiter werden die Lehre daraus ziehen müssen. Sie, meine Herren, haben durch die Erhöhung der Beamtengehälter festgestellt, welche Gehälter notwendig sind, um ein Existenzminimum zu schaffen. Die Arbeiter werden nun aus diesen Gehaltszahlen ermessen können, welche Lohnforderungen sie an die Kapitalisten zu stellen haben. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Deshalb werden wir als Kommunisten alles daransetzen, daß jetzt die Lohnforderungen den Gehaltsstufen der Beamten angepaßt werden. Dann wollen wir einmal sehen, ob Sie wieder kommen und sagen werden: Die Notwendigkeit der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt läßt es nicht zu, daß man den Arbeitern Löhne in der gleichen Höhe bewilligt, in der den Beamten die Gehälter bewilligt wurden. Wir sind für die Erhöhung der Gehälter der unteren Beamten, lehnen aber jede Erhöhung der Gehälter der hohen Beamten ab. Darin unterscheiden wir uns wesentlich auch von Herrn Imbusch, der eine Kampagne gegen die Erhöhung der Gehälter schlechthin unternommen hat, der aber keinen Unterschied zwischen den erbärmlichen Existenzverhältnissen der unteren Beamten und den Verhältnissen der hohen Beamten zu machen mußte.

Zur Ausplünderung gehört auch der unerhörte Preiswucher, der durch die Preispolitik der Kartelle, durch die Steigerung der Mieten getrieben wird. Hier zeigt sich wiederum völlig die Zusammenarbeit des Bank-, Agrar- und des Industriekapitals.

Eine andere Art der Herstellung der Konkurrenzfähigkeit ist das sogenannte Sparen. Man reformiert jetzt überall; man spricht von Verwaltungsreform, von Finanzreform und Staatsreform. Aber Reformieren im kapitalistischen Staat hat noch immer verschlimmerte Reaktion gebracht. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Man reformiert rückwärts, aber nicht in der Linie des wirklichen sozialen Fortschritts. Deshalb bedeuten auch alle diese Maßnahmen, die als Sparmethoden empfohlen werden, lediglich noch mehr Reaktion, als wir schon haben. Was Herr Schacht den Gemeinden empfohlen hat, ist wirklich der Gipfel der Unverfrorenheit. Er verlangt nämlich von den Gemeinden, sie sollten

mit dem Bau von Badeanstalten, Sportplätzen, Grünflächen einhalten, weil das Luxus sei. Ja, meine Herren, Luxus ist das, aber für die kapitalistische Klasse; denn die braucht nicht in die Volksbadeanstalten zu gehen, sie geht nicht auf die Grünflächen — die wir hier in Berlin noch in so geringem Umfange haben —, um sich dort auf die Bank zu setzen und etwas frische Luft zu schöpfen. Diese Leute haben die Mittel, um nach St. Moritz und an die Riviera zu fahren. Wenn Herr Schacht auch damit vorlieb nehmen müßte, in einer Badeanstalt Berlins sein wöchentliches Bad zu nehmen oder sich auf so einer Grünfläche aufzuhalten, dann würde er schon empfinden, daß das kein Luxus, sondern eine bittere Notwendigkeit ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Abbau der sozialen Fürsorge ist die andere Methode des Sparens. Die Erwerbslosenfürsorge wurde abgebaut. Durch die Mittel der Arbeiter müssen die Beiträge für die Erwerbslosenversicherung aufgebracht, sollen die Opfer des kapitalistischen Systems erhalten werden. Die Arbeiter sollen alles aufbringen, sie werden dafür bestraft, daß der Kapitalismus heute unfähig geworden ist, die Menschheit überhaupt noch zu erhalten, den größten Teil der Werktätigen so zu beschäftigen, daß sie ihre Existenz finden können. Morsch ist die Gesellschaft ihrem ganzen sozialen Inhalt nach. Unfähig ist die kapitalistische Klasse, überhaupt heute noch den Anspruch zu erheben, die Führerin des Volkes zu sein. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Wir haben dasselbe auf dem Gebiet der Sozialhygiene, der Wohlfahrtspflege. Der Abbau der Sozialrenten ist ein unerhörter Skandal. Den Arbeitsinvaliden wurden die Renten gekürzt; den Menschen, die für die kapitalistische Klasse ihr Blut, ihre Knochen, ihre Gesundheit im Weltkriege hingegeben haben, wurden ebenfalls die Renten gekürzt, bloß damit die kapitalistische Bande die Mittel hat, Kapital anzuhäufen, um es zu exportieren und auf diese Weise Machtpositionen im Ausland für sich zu erobern.

Wir sehen ferner, daß gespart werden soll durch die Staatsreform, durch die Schaffung des Einheitsstaats. Der Herr Ministerpräsident hat sehr richtig darauf hingewiesen, daß sich unter dieser Forderung des Einheitsstaats sehr mannigfaltige Pläne verbergen. Schon die Tatsache, daß das Trustkapital der Rufer zum Einheitsstaat geworden ist, läßt tief blicken. Was will das

Trustkapital mit dem Einheitsstaat? Die Länderparlamente, die Gemeindeparlamente, wo die Arbeiter hier und da noch einen größeren Einfluß haben, sind ihnen unbequem. Sie brauchen einen Staat, in dem das Trustkapital an der Spitze steht, regiert, die Gesetzesmaschinerie fest in der Hand hat, damit sie nur so arbeitet, wie es den Interessen des Trustkapitals entspricht. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Das Trustkapital verlangt eine starke Exekutivgewalt, um gegen die rebellischen Teile des Volkes vorgehen zu können. Das ist der Sinn, warum das Trustkapital den Einheitsstaat fordert, und es ist gar kein Widerspruch, wenn sich an der Seite des Trustkapitals auch der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun befindet. Das paßt durchaus in die Rolle hinein, die die Sozialdemokratie zur Erhaltung, zum Ausbau der kapitalistischen Wirtschaft und in ihrer Staatsbejahung spielt. Sie ist auch hier dem Trustkapital behilflich, seine Pläne durchzuführen. Wir Kommunisten reden nicht etwa dem kleinstaatlichen Partikularismus, der reaktionären Kleinstaaterei, das Wort. Wir sind für die Zusammenfassung der Staatswesen. Aber für uns gilt die Frage: Wer vereinheitlicht den Staat, und für wen wird er vereinheitlicht? („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Heute vereinheitlicht das Trustkapital den Staat für sich, für seine Interessen, die durchaus im schärfsten Gegensatz in bezug auf Leben und Gesundheit der werktätigen Massen stehen. Deswegen werden wir dem Trustkapital nicht etwa behilflich sein, seine Pläne durchzusetzen. Wir sagen den Massen: Die Zusammenfassung des gesamten Staates, die Vereinheitlichung des Staates, wird nur im Interesse der werktätigen Massen möglich sein, wenn das Trustkapital gestürzt wird und die Arbeiter ihre Macht aufrichten, dann wird der Einheitsstaat der werktätigen Massen entstehen.

Die Versuche des Kapitalismus, sich die Konkurrenzfähigkeit zu verschaffen, kommen in den Bestrebungen auf Entrechtung der Arbeiter zum Ausdruck, um den Abwehrkampf der Arbeiter zu hindern. Diese Entrechtung geschieht durch den unerhörten Schlichtungszwang, der ausgeübt wird, durch das Wirken der Arbeitsgerichte. Hier waren es die Sozialdemokraten, die den Arbeitern einzureden versucht haben, welche gloriose Entwicklung wir in der Vereinheitlichung des Rechts durch die Schaf-

fung der Arbeitsgerichte erreicht haben. Sie haben die Kommunisten wegen ihrer Ablehnung der Arbeitsgerichte verleumdet. Was erleben wir aber heute mit den Arbeitsgerichten? Alle Schiedssprüche, die von den Arbeitsgerichten gefällt werden, sind lediglich Schiedssprüche zugunsten der Unternehmer und zum Schaden der Arbeiter. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Mit dem Mittel der einstweiligen Verfügung¹ wird in jeden Kampf eingegriffen, wird überall dort eingegriffen, wo die Betriebsräte von den ihnen gesetzlich zuerkannten Rechten Gebrauch machen. Wir haben solche Fälle in ganz Deutschland, wo die Gewerkschaften durch einstweilige Verfügung der Arbeitsrichter gezwungen worden sind, gegen den Willen der Arbeiter vom Kampf Abstand zu nehmen, den sie beschlossen hatten. Ein Fall aus der jüngsten Periode! In einem Berliner Holzbetrieb sollen Überstunden gemacht werden. Es waren zwei Überstunden vereinbart, die laut Tarif in der Woche zulässig sind. Der Unternehmer verlangte aber zwei Stunden täglich. Der Betriebsrat erhob dagegen Einspruch, und jetzt ging der Unternehmer zu seiner Organisation, deren Syndikus beim Arbeitsrichter eine einstweilige Verfügung gegen den Betriebsrat erwirkte, so daß der Betriebsrat seinen Einspruch gegen die Leistung der Überstunden aufgeben mußte. So wird der Arbeiter durch das Arbeitsgericht gezwungen, über die tarifliche Vereinbarung hinaus Überstunden zu leisten. Da kommen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die von der Tariftreue sprechen, und erklären, daß es notwendig sei, abgeschlossene Tarife unter allen Umständen einzuhalten. Die Unternehmer pfeifen auf Tariftreue. Wir sehen das jetzt auch in der Großindustrie. Wenn es mit dem Schlichtungszwang nicht geht, greift man zur Betriebsstillegung. Man verfolgt dabei noch die Absicht, die Betriebe von revolutionär gesinnten Arbeitern zu säubern. Durch die Technische Nothilfe² wird nachgeholfen, wenn alle diese Mittel nicht ausreichen, die Arbeiter vom Kampfe zurückzuhalten.

¹ Anordnung eines Richters — hier des Arbeitsrichters —, die getroffen wird, ohne daß über den Streitfall mit den Beteiligten verhandelt worden ist. *Die Red.*

² 1919 von Noske ins Leben gerufene staatlich subventionierte Streikbrecherorganisation. *Die Red.*

Wir sehen ferner die Bestrebungen auf Verschlechterung des Wahlrechts. Das ist wiederum symptomatisch für die sogenannte Reform, die man mit dem Einheitsstaat anstrebt. Mit dem Einheitsstaat ist der Gedanke der Verschlechterung des Wahlrechts verbunden: Heraufsetzung des Wahlalters auf 21, wie vom Zentrum, auf 24 Jahre, wie von den Deutschnationalen angestrebt wird. Auch die übrigen Maßnahmen zeigen, daß alle diese Reformen ebenfalls dem einen Zwecke dienen, die Arbeiter am Kampf zu hindern. Und neben all den Mitteln der Ausbeutung, der Ausplünderung, der Entrechtung, greift man zum Mittel der Verwirrung. Die Werkgemeinschaften sollen das Mittel sein, um die Arbeiter vom Klassenkampf abzuhalten. Sie sollen den Arbeitern die Illusion beibringen, daß eine Klassen- und Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit bestehe. Die gelben Gewerkschaften, die Soldknechte des Kapitals, sind es, die dem Kapital bei der Verstärkung dieser Illusionen behilflich sind. Dabei geraten sie sich untereinander ziemlich scharf in die Haare. Wahrscheinlich bei der Verteilung der Gelder, die den gelben Gewerkschaften von den Kapitalisten gegeben werden! Denn das Schauspiel, das wir hier zwischen den beiden Kollegen Schmidt und Wiedemann erleben, läßt doch auch sehr tief blicken, was in diesen gelben Gewerkschaften getrieben wird, um sich an den Subventionen der Unternehmer zu bereichern. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Wir brauchen in dieser Dreckpfütze nicht weiter herumzuwühlen. Wir werden alles daransetzen, die Arbeiter davor zu bewahren, sich durch Phrasen über Werkgemeinschaften vom Klassenkampf abhalten zu lassen.

Was nicht durch Werkgemeinschaften und ihre Soldknechte des Kapitals erreicht wird, versucht die bürgerliche Presse durchzusetzen, indem sie durch ihre Verleumdungen und ihre Hetze gegen die Kommunisten, gegen jeden revolutionären Kampf, die Arbeiter zu verwirren sucht.

Wo auch das nicht hilft, dem Kapital seine Konkurrenzfähigkeit zu schaffen, da setzt das Mittel der brutalen Gewalt ein, sobald die Arbeiter trotz aller Unterdrückung doch einmal zum Kampf greifen. So sind es die faschistischen Organisationen, die vom Unternehmertum ausgehalten werden, die den Arbeitern

bei der Durchfechtung ihrer Forderungen in den Rücken fallen sollen. Da ist es die Polizeigewalt, die ebenfalls gegen die Arbeiter eingesetzt wird. Beim mitteldeutschen Bergarbeiterstreik ^[32] hatte es der preußische Innenminister sehr eilig, Schutzpolizei in das Kampfgebiet zu entsenden, um dort die Streikbrecher zu schützen. Das sind die Hilfsdienste, die der preußische Innenminister und auch die Berliner Polizeikommandantur unter Führung eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten dem Kapital durch die Anwendung der Polizeigewalt gegen die Arbeiterschaft leisten. Und dann die Klassenjustiz! Alle die Urteile, ob sie nun vom Reichsgericht oder von den preußischen Gerichten gefällt werden, sind Mittel, deren sich das Unternehmertum, die Bourgeoisie bedient, um die Arbeiter vom Kampf abzuschrecken. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Das ist der Zustand in allen kapitalistischen Ländern. Das sind die Mittel, mit denen der Kapitalismus in seiner höchsten Form, dem Imperialismus — der gleichzeitig seine letzte Phase ist —, auf Kosten der Werktätigen die Schwierigkeiten und Widersprüche seiner Wirtschaft zu beseitigen sucht.

Aber dieser Konkurrenzkampf der kapitalistischen Staaten untereinander führt zur Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten. Mit unheimlicher Geschwindigkeit führt die Austragung dieser Gegensätze zu neuen imperialistischen Kriegen. Das Wettrüsten, das von den imperialistischen Großmächten unternommen wird, zeigt den werktätigen Massen die Riesengefahr, in der sie sich befinden. Denn der Eifer und die Nervosität, mit der gerüstet wird, zeigt, daß die kapitalistischen Staaten, die Imperialisten, selbst nicht an den verruchten Völkerbundschwindel glauben. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Der englische Innenminister Johnson Hicks hat das in diesen Tagen in einer Rede sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, indem er sagte:

Bleibt mir mit allen Reden von Abrüstungen vom Halse! Wir sehen, auch Amerika rüstet mit Kriegsschiffen aller Arten und Größen. Darum müssen wir ebenfalls vorangehen. Wir kümmern uns den Teufel um das Abrüstungsgerede, wie es auf der Völkerbundskonferenz gedroschen wird.

Sehr richtig hat der Vertreter der Sowjetunion auf der sogenannten Abrüstungskonferenz in Genf^[33] gesagt, daß unter den Bedingungen des kapitalistischen Systems die Ursachen bewaffneter Konflikte nicht abgeschafft werden können. Der Militarismus und Marinismus sind die natürlichen Konsequenzen, die dem Kapitalismus innewohnen. Durch ihr eigenes Wachstum werden die Widersprüche vertieft, die die Konflikte beschleunigen und in bewaffnete Zusammenstöße umwandeln. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Was sagen die kapitalistischen Staaten? Sie sagen: Wir können doch nicht abrüsten; schaut doch nach dem Osten, die Rote Armee der Sowjetunion ist eine dauernde Gefahr für den Bestand der kapitalistischen Welt; zum Schutze gegen die Sowjetunion sind die Rüstungen notwendig! Die Sozialdemokratie hat sich bemüht, das zu unterstützen, die Arbeiter das glauben zu machen, um damit dem Imperialismus in seinem Wetttrüsten behilflich zu sein. Da sind die Russen aufgestanden und haben erklärt: Hier sind unsere Abrüstungsvorschläge, durchaus ernst gemeinte Vorschläge. Es entsteht jetzt die Frage bei den Imperialisten aller Länder, ob sie diese Abrüstungsvorschläge annehmen und verwirklichen wollen. Und was haben die Imperialisten geantwortet? Vertagt hat man die Konferenz, man war konsterniert; nicht einmal ein waschechter Imperialist ist aufgetreten, um die Vorschläge zunächst ein wenig zu verschleiern. Nein, ein Sozialdemokrat wurde von den Imperialisten vorgeschickt, um den Arbeitern der Welt blauen Dunst vorzumachen. Herr Boncour^[34] sagte, daß es nicht so leicht sei, das in die Wirklichkeit umzusetzen, es sei auch viel Agitation bei den Vorschlägen. Man hätte annehmen sollen, ein Sozialdemokrat würde doch, wenn er sich schon zu diesem Lakaiendienst mißbrauchen läßt, einige ernsthafte Argumente gegen die Vorschläge vorbringen. Das hat er aber nicht nötig. Der Imperialismus ist sich der Unterstützung der SPD und der II. Internationale ziemlich sicher bei seinem Bestreben, diese Abrüstungsvorschläge der Russen vor den werktätigen Massen zu verleumden, wie es Herr Levi und alle Redakteure und Führer der SPD versuchen.

Aber, meine Herren, Sie können noch soviel gegen die Abrüstungsvorschläge und über das Erscheinen der Russen in Genf schreiben: Den werktätigen Massen ist die Antwort auf den

Schwindel gegeben worden, der von Ihnen bisher getrieben wurde. Es ist die Aufgabe der Kommunisten, diese Erkenntnis in den Massen zu vertiefen und so die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wirklich abgerüstet wird. Aber abgerüstet wird mit dem Imperialismus, mit dem Kapitalismus, das heißt Abrüstung durch die Revolution, durch den Sturz des Imperialismus. Das werden die werktätigen Massen unter der Führung der kommunistischen Parteien auch besorgen.

Das Gerede von der „Befriedung“ der Welt ist, wie ich schon gesagt habe, der plumpeste Schwindel. Denn die Brandherde in der ganzen Welt sind so offensichtlich, daß wirklich schon einiger Mut dazu gehört, davon zu sprechen, der Völkerbund sei eine Garantie des Weltfriedens. Auch in Deutschland strebt das Trustkapital nach neuen Machtpositionen. Es wird sehr geschickte Propaganda gemacht, um die Massen dafür einzufangen. Der Zuruf von den Deutschnationalen bewegte sich auch auf diesem Gebiete der geschickten Propaganda: Wir müssen doch konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt werden. Ja, ich frage Sie, was die Arbeiter wohl für einen Vorteil davon haben, ob die Kapitalisten ihre Waren auf dem Weltmarkt oder im Inland zu verteuerten Preisen absetzen. Ausgebeutet und ausgeplündert wird der Arbeiter so oder so bis zum letzten. Hier handelt es sich nur darum, daß der Kapitalismus mit der Ausbreitung seines Auslandsmarktes aus der Schwierigkeit herauskommen will, in die er durch die Desorganisation seiner Wirtschaft infolge des Krieges gekommen ist.

Es ist jetzt eine Umfrage veranstaltet worden, wie man zu der Ausbreitung der Kolonien steht. Auch Sozialdemokraten haben sich an der Beantwortung dieser Umfrage beteiligt, und wenn sie auch nicht ganz offen erklärt haben: Wir sind für die neuen Kolonien — so haben sie doch in jeder Zeile ihrer Antwort zu erkennen gegeben, wie schön es wäre, wenn der deutsche Kapitalismus wieder Kolonien hätte. Vor dem Weltkriege standen die Sozialdemokraten immerhin noch unter Führung von Leuten, die etwas vom Marxismus begriffen hatten und die auch wenigstens die Absicht hatten, ihn anzuwenden. Wie haben Bebel und Ledebour gegen die Kolonien, gegen die Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus gewettert! Heute sind die Epigonen von Bebel und

Ledebour dabei, den Arbeitermassen geschickt zu suggerieren: Es wäre sehr schön, wenn wir Kolonien hätten, leider müssen wir vorläufig noch darauf verzichten.

Auch noch durch andere Mittel wird in raffinierter Weise versucht, dem Imperialismus die Wege zu ebnen. Da ist zum Beispiel die Amerikareise des Generals Heye, des Chefs der deutschen Reichswehr. Man hat ihn nicht etwa nach Amerika geschickt, damit er sich dort die Wolkenkratzer ansehe, sondern damit er den amerikanischen Kapitalisten, die in Deutschland große Kapitalien investiert haben, begreiflich mache, daß es zum Schutze des amerikanischen Kapitals gegen den immer einflußreicher werdenden Bolschewismus in Deutschland notwendig sei, eine größere Reichswehr („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten. — Zuruf: „Panzerwagen!“) — Panzerwagen und Kriegsmaterial — zuzulassen; nicht etwa, daß man die Absicht habe, irgendwelche imperialistischen Kriegspläne durchzusetzen, nein, die „innere Gefahr“ sei das Bedenkliche. Die amerikanischen Kapitalisten sind natürlich sehr besorgt um die Erhaltung ihres in Deutschland angelegten Kapitals. Vielleicht werden sie bereit sein, im Konzert der imperialistischen Mächte dafür einzutreten, daß auch in Deutschland die Aufrüstung wieder schneller vorwärts geht. Man hat ohnehin in der Reichsregierung eine ganze Reihe von Plänen zur Aufrüstung der Reichswehr, zum Beispiel die Vermehrung der Infanterieregimenter, die Verkürzung der Dienstzeit usw. Dazu kommt die Anbiederung an die imperialistischen Mächte, um zunächst als Hilfsorgan bei imperialistischen Vorstößen mitwirken zu können.

Noch eine andere Frage muß bei diesen Versuchen, die Massen zu betäuben und zu verwirren, sehr beachtet werden: Das ist der Pazifismus. Die Pazifisten sammeln Unterschriften für Kriegsdienstverweigerung und Generalstreik, um dadurch den Krieg unwirksam zu machen. Dabei haben diese Leute — soweit sie keine Betrüger sind — die Illusion, daß der Krieg ohne Klassenkampf, ohne Sturz der kapitalistischen Herrschaft verhindert werden könnte. Sie sind es, die die Kommunisten und alle revolutionären Arbeiter in ihrem Kampf gegen die imperialistischen Kriegstendenzen und gegen die Ursachen dieser Kriege bekämpfen. Deshalb ist dieser ganze Pazifismus für die Verhinderung des

Krieges einen Dreck wert. Die Pazifisten mögen noch soviel von den Schrecken des Krieges schreien — es hat keinen Wert, wenn sie nicht gleichzeitig die Lehre daraus ziehen, daß die Massen gegen die Ursachen des Krieges, gegen das kapitalistische System mobil gemacht werden müssen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die einzige Friedensgarantie ist die Sowjetunion als Faktor der Revolution, der Rückhalt der proletarischen Massen. Der Vorschlag, den die Sowjetunion in Genf gemacht hat, zeigt den Massen, daß sie sich nicht mit der Propaganda einer Abrüstung begnügen dürfen, sondern daß sie den Frieden nur sichern können, wenn sie dem Beispiel der russischen Arbeiter folgen. Die Imperialisten wissen, daß das der einzige Weg ist, um Kriege zu verhindern. Daher ihre Feindschaft und ihr Haß gegen die Sowjetunion — aber wiederum nicht nur, weil die Sowjetunion der dauernde Stachel für die werktätigen Massen ist, dem Beispiel der russischen Arbeiter zu folgen, sondern weil auch durch das Bestehen der Sowjetunion der sechste Teil der Erde der kapitalistischen, imperialistischen Ausbeutung und Ausplünderung entzogen ist! Das ist der Ausweg aus diesen Konflikten und diesem Dilemma für die werktätigen Massen!

Die bürgerlichen Parteien, die im Bürgerblock zusammengefaßt sind, vermögen in keiner Weise die Not der Massen irgendwie zu beheben. Im Gegenteil, alle ihre Maßnahmen sind auf eine Vermehrung des Massenelends gerichtet. Sie können den Massen nur eine Parole geben: Mehr arbeiten, damit es dem Kapitalismus besser geht! Ob Deutschnationale oder Deutsche Volkspartei, ob Zentrum oder Demokraten, all die kleinen Differenzen, die sie sonst unter sich haben, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie in geschlossener arbeiterfeindlicher Front stehen, daß ihre ganze Tätigkeit in den Parlamenten, in den Regierungen nichts anderes bedeutet, als das Kapital, den Besitz, zu begünstigen, die Massen zu benachteiligen, ihre Herrschaft als kleine Minderheit so sicherzustellen, daß sie in der Lage sind, ihre wirtschaftlichen, materiellen Interessen durchzusetzen.

Man versucht natürlich auch, mit anderen Mitteln diese Absicht durchzusetzen. Ein anderes Mittel ist, der Arbeiterklasse eine Kampftruppe gegenüberzustellen und diese Kampftruppe dann zur Verstärkung der Reichswehr und der Schutzpolizei heran-

zuholen, wenn diese zur Niederschlagung der Arbeiter nicht ausreichen sollten. Hier spielt der Stahlhelm die Rolle, die ihm von der Bourgeoisie zgedacht ist. Man kann den Seldte, diesen Selterwasserfabrikanten, natürlich nicht damit abtun, daß man sagt, er ist größenwahnsinnig geworden, sondern man muß beachten, daß hinter dem Stahlhelm das Trustkapital steht als die Macht, die den Stahlhelm braucht, um ihn gegen die Arbeiter einzusetzen. Wenn jetzt Herr Seldte gegen die Deutsche Volkspartei auftritt — weil sie seiner Meinung nach nicht monarchistisch, nicht schwarz-weiß-rot genug sei — und zur Deutschnationalen Volkspartei hinüberwechselt, so ist das von ziemlich untergeordneter Bedeutung. Das eine Lager ist nicht schlechter und nicht besser als das andere. Aber hier im Stahlhelm zeigt sich, daß durch die Unterstützung des Trustkapitals dieser Organisation eine führende Rolle im Kampf gegen die Arbeitermassen zgedacht ist. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Was man bisher an faschistischen Organisationen gehabt hat, war wenig brauchbar. Auch die Völkischen und die Nationalsozialisten schienen dem Trustkapital nicht brauchbar genug zu sein. Aber der Stahlhelm ist eine Organisation, in die man Arbeiter mit dem Mittel der ideologischen Verwirrung hineintreibt, um eine Kampforganisation gegen die Arbeitermassen zu haben. Deshalb ist es notwendig, daß das, was in dieser Organisation vorgeht, von den Arbeitern genau beachtet wird und daß sie entsprechend den Maßnahmen dieser Organisation auch ihre Gegenmaßnahmen treffen.

Da ist es kennzeichnend, was die Sozialdemokratie dazu zu sagen hat. Sie glaubt, im Reichsbanner die Schutzorganisation der kapitalistischen Republik zu haben. Aber dabei trägt die SPD-Führung alle Sorge dafür, daß das Reichsbanner Nebenorganisation des Stahlhelms wird. Alles, was unter Führung des Reichsbanners unternommen wird — die Hetze gegen die revolutionären Arbeiter, gegen den Roten Frontkämpferbund —, gilt als Vorbereitung. Denn wenn die Arbeiter aufstehen, um ihre Lebensinteressen zu verteidigen, dann soll von der Bourgeoisie das Reichsbanner mit dem Stahlhelm gemeinsam gegen die Arbeiter eingesetzt werden. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Nun, ich glaube, daß ich mich nicht allzusehr mit den kleinen Differenzen im Lager der Reaktion zu beschäftigen brauche. Die

Deutschnationalen haben geschworen, daß sie die Verfassung, die jetzige Staatsform, anerkennen. Sie haben Richtlinien vereinbart, die sie zwar nicht sehr ernst nehmen und die sie auch nach Belieben wechseln. Aber einige Tatsachen sind doch kennzeichnend dafür, daß sie es verstehen, auch Zweckmäßigungsgründe walten zu lassen. Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß sie dem Republikschutzgesetz¹ zugestimmt haben, wodurch es ihrem geliebten Kaiser erschwert werden soll, wieder nach Deutschland zurückzukehren.

Bei dem Flaggenstreit sucht man nach einem Kompromiß. Wir sind nicht bereit, dem Kapitalismus in seiner Not zu helfen. Um ihn aber lächerlich zu machen, schlagen wir vor, man möge die schwarzweißrote und die schwarzrotgoldene Fahne quer durchschneiden und die Hälften aneinandernähen, mitten darauf vielleicht die Kaiserkrone. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten.) Dann werden die Sozialdemokraten und auch die Deutschnationalen zufrieden sein.

Die bürgerlichen Parteien wissen keinen Ausweg aus dem Dilemma, in dem sie sich befinden. Sie suchen ihn in der Vermehrung des Massenelends.

Welchen Ausweg zeigt aber die Sozialdemokratie? Nicht Klassenkampf, sondern Koalition mit den Klassenfeinden — das ist ihr Ideal! Darüber kann auch der Scheinkampf, den sie gegen den Bürgerblock führt, nicht hinwegtäuschen. Ihr Bestreben ist es, bei den nächsten Reichstagswahlen eine solche Verschiebung herbeizuführen, daß die bürgerlichen Parteien genötigt sind, sie aus der Rolle der Wach- und Schließgesellschaft wieder mit in die Gesellschaft aufzunehmen.

Deshalb ist die Frage berechtigt: Was hat denn nun dort, wo, wie in Preußen, die Sozialdemokratie in der Regierung war, die Koalition für die Arbeiter gebracht? Ich brauche auch hier nur allgemein anzudeuten; die Tatsachen sind zur Genüge bekannt. Es ist klar, daß der Kurs, den die Weimarer Koalition in Preußen gesteuert hat, sich in dieser Wahlperiode um kein Jota von dem des Bürgerblocks im Reichstage unterscheidet. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Sie hat im Reichsrat allen Gesetzen der Bürgerblockregierung zugestimmt. In der Dawespolitik, in den

¹ Siehe Seite 459 des vorliegenden Bandes. *Die Red.*

Zoll- und Steuerfragen, in dem Mietenabbau, in der Wohnungsfrage — durchweg absolute Übereinstimmung zwischen der preußischen Regierung und der Reichsregierung. Wir haben ihre Zustimmung zum Arbeitszeitnotgesetz, zur Arbeitslosenversicherung, zum Reichsschulgesetz. Denn die Abänderungsvorschläge, die zum Reichsschulgesetz von der Regierung gemacht wurden, werden an dem die Volksschule zersetzenden Reichsschulgesetz nichts ändern und nicht verhindern, daß die obersten Kirchenbehörden die Kontrolle über den Religionsunterricht ausüben.

Wir haben in Preußen die Volkswohlfahrt in der rückständigsten Form. Die jämmerlichen Unterstützungssätze sind eine Schande auf das Wort Volkswohlfahrt. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Tatsache ist, daß alle Vorschläge der Kommunisten zu einer ernsthaften Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten abgelehnt sind. Die Lasten der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sollen den Gemeinden aufgebürdet werden. Wir haben weiter die Tatsache, daß alle wirksamen Anträge der Kommunisten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Arbeitsbeschaffung abgelehnt sind, daß den Gemeinden keine ausreichenden Zuschüsse für Zusatzunterstützungen gegeben werden. Auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes wurde nichts unternommen — es werden wohl einige Beileidsphrasen gemacht, wenn ein Dutzend oder noch mehr Bergarbeiter in den Gruben tödlich verunglückt sind. Der Bericht des Untersuchungsausschusses, der dafür eingesetzt worden ist, zeigt, daß man die schwere Gefahr wohl sieht, aber alles abgelehnt hat, was zur Behebung dieser Gefahr dienen kann. Wir haben die Tatsache, daß der Schutz der Bauarbeiter in keiner Weise durchgeführt wird. Die Bauunglücke schreien nach energischen Maßnahmen. Aber man hat hier nur Phrasen dafür.

Auch in den Unternehmungen, in denen der Landtag einen bestimmenden Einfluß hat, sehen wir eine reaktionäre Arbeiterpolitik. Ich habe hier den „Deutschen“, das Organ der Christlichen Gewerkschaftsbewegung, wo mitgeteilt wird, daß in dem Ibbenbürener Steinkohlenbergwerk die Gesellschaft eine ernsthafte Lohnerhöhung abgelehnt hat. Der sozialdemokratische Direktor

Osterroth hat als Vertreter der Preußag¹ erklärt, daß man erst dann verhandeln wolle, wenn eine Beruhigung der Belegschaft in bezug auf ihre Lohnforderungen eingetreten sei. Die Löhne, die dort gezahlt werden, sind äußerst gering; der gelernte Handwerker² verdient nach 6 Jahren 4,90 Mark je Schicht. Man hat gefordert, den Lohn auf den Reallohn von 1913 zu stellen. Die Gesellschaft hat diese Forderung aber abgelehnt. Sie wollte am 1. Dezember nur eine Lohnerhöhung geben, wenn die Gewerkschaftsvertreter einer Verlängerung der Lohnordnung bis zum Herbst 1928 zustimmen würden. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Diese Arbeiterpolitik wird von der preußischen Koalition unter der führenden Mitwirkung der Sozialdemokraten betrieben.

Die Beamtenbesoldung, das Besoldungsgesetz, zeigen ebenfalls den reaktionären Kurs. Die Beamten haben nur das Glück gehabt, daß die Wahlen vor der Tür stehen; sonst hätten sie keinen Pfennig bekommen. Deshalb ist es eine ziemliche Dreistigkeit, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt, daß die Besoldungsordnung des Reichstages eine Verordnung des unsozialen Klassensystems sei und daß es in keiner Weise gelungen sei, einen ernsten Ausgleich herbeizuführen, daß die Vorlage voll des sozialen Rückschritts sei. Ja, ich rufe die Sozialdemokraten auf, den Unterschied zwischen der Besoldungsordnung hier und der Besoldungsordnung im Reiche aufzuzeigen. Ist die Besoldungsordnung im Reiche ein sozialer Rückschritt, nun, dann ist es die Besoldungsordnung in Preußen auch. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

In der Agrarpolitik sehen wir dieselbe Reaktion: Auspowerung der kleinen Pächter, Kredite für den Großgrundbesitz, keine ernsthafte Enteignung des Großgrundbesitzes zur Schaffung von Siedlungsland!

Die gleiche Reaktion sieht man bei der Verwaltungsreform.

¹ Handelsrechtliche Zusammenfassung der staatlichen Bergwerks-Aktiengesellschaften. *Die Red.*

² Die Instandhaltung der Schächte und Stollen im Bergbau wird von Handwerkern (besonders von Zimmerleuten und Maurern) besorgt. *Die Red.*

Wenn wir hier die Aufhebung der Gutsbezirke¹ erzwungen haben, so kann das nicht dadurch verschleiert werden, daß die Sozialdemokraten davon sprechen, wir hätten früher mit den Deutschnationalen zusammen Obstruktion gegen die reaktionäre Landgemeindeordnung gemacht, und daß die Deutschnationalen jetzt sagen, die Aufhebung der großen Gutsbezirke sei der Weimarer Koalition nur mit Unterstützung der Kommunisten gelungen. Wir haben die Führung in diesem Kampf zur Beseitigung der Gutsbezirke gehabt. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Nur dadurch, daß man die Novelle, die wir eingebracht hatten, auf die Bürgermeistereien im Rheinlande und die Eingemeindung ausdehnte, versuchte man, diese Tatsache zu verschleiern. Wir haben schon erklärt, daß auch die Aufhebung der Gutsbezirke noch keineswegs genüge, sondern daß wir immer noch mit dem reaktionären Verwaltungsapparat zu rechnen haben. Wir werden auch hier nicht lockerlassen, sondern werden die Sozialdemokraten zwingen, die Hemmnisse, die einer wirklichen Beteiligung der werktätigen Massen an der Verwaltung und an der Gesetzgebung entgegenstehen, aus dem Wege zu räumen.

Ich erinnere noch an die Reaktion in bezug auf die Polizei, in bezug auf die Kulturfragen und in bezug auf die Justiz. Die Regierung war es, die bei der Strafgesetzreform für die Beibehaltung der Todesstrafe eingetreten ist. Strafgesetzreform ist Strafgesetzreaktion! („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Man gebraucht nur das Wort „Strafgesetzreform“, um das Strafgesetz für die Arbeiterschaft zu verschlechtern.

Wir haben ferner die unerhörten Versuche der Verschleppung, der Vertuschung und der Verheimlichung der Regierung bei der Untersuchung in den Femesachen . . .

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Wiemer, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, Ihre Redezeit ist abgelaufen.“

¹In Preußen waren größere Güter aus der Verwaltung herausgelöst und bildeten selbständige Gutsbezirke. An ihrer Spitze stand auch in der Weimarer Republik kein gewählter Beamter, sondern ein von den Behörden eingesetzter Gutsvorsteher, meist der Gutsbesitzer oder eine von diesem abhängige Person. *Die Red.*

Eine Minute habe ich noch. — In dem Untersuchungsausschuß wird mit Hilfe der Regierung jede ernsthafte Aufklärung über die Zusammenhänge zwischen Schwarzer Reichswehr, Regierung und Femeorganisationen verhindert. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

Auch der vorliegende Haushaltsplan zeigt das ganze reaktionäre Gesicht der preußischen Koalition. Nun, wir Kommunisten zeigen den Massen den Ausweg; wir zeigen, daß hier nicht Koalition, sondern Klassenkampf die einzige Lösung ist, Klassenkampf für die Tagesforderungen, gegen die Ausbeutung und Ausplünderung. Diese Tageskämpfe zu steigern bis zum letzten Kampf um das Endziel, das die Kommunisten dem Klassenkampf gestellt haben — Sturz des kapitalistischen Regimes und Aufrichtung der Arbeiter- und Bauernmacht —, das ist die Losung. Wir werden durch unsere Agitation die Solidarität der Kleinbauern mit den Arbeitern herbeiführen, damit die Kleinbauern nicht gegen die Arbeiter der Großstädte mißbraucht werden. Wir werden durch diese Arbeit das Bündnis der Klein- und Mittelbauern mit den Arbeitern herbeiführen und damit auch die Voraussetzungen für den Sieg und die Erhaltung des Sieges schaffen. Wir gehen mit der Absicht in die Wahlkämpfe, sie zur Sammlung der Massen für den Kampf zu benutzen. Es handelt sich für uns nicht etwa darum, ob ein paar Hundert Stimmen mehr oder weniger auf die Kommunisten fallen, so bedeutungsvoll auch die suggestive Auswirkung dieser Stimmenzahl für den Kampf ist. Für uns ist der Wahlkampf das Mittel zur Sammlung der Massen für die Revolution. Wir rufen den Arbeitern zu: Nutzt die Zeit! Die Bourgeoisie holt zu schweren Schlägen aus; sorgt dafür, daß ihr sie abwehrt und darüber hinaus die Kraft findet, das Kapital und alle seine Soldknechte niederzuschlagen!

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 15. Bd.

Die Preußenregierung — ein willfähriges Werkzeug des Bürgerblocks

Aus Reden im Preußischen Landtag

I

17. Februar 1928

Draußen unter den werktätigen Massen beginnt ein Riesenkampf zur Auseinandersetzung mit den Ausplünderern, Ausbeutern und Auswucherern des deutschen Volkes. Das Trustkapital geht dazu über, Massen von Arbeitern aufs Straßenpflaster zu werfen, um kleine Schichten von Arbeitern unter das Joch niedrigster Löhne und längster Arbeitszeit zu zwingen. In einer Zeit des Riesenkampfes zwischen Kapital und Arbeit sehen wir dieses Satyrspiel hier im Landtage wie im Reichstage, wo man sich gegenseitig mit Bosheiten traktiert, ohne etwa ernst zu machen mit dem, was man sagt. Man weiß, man braucht sich gegenseitig zur Niederschlagung der Arbeiter. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Es ist doch kein Zweifel: Was hier heute gespielt wird, das ist wirklich die Agonie der Parlamente, das ist nichts anderes, als noch vor dem letzten Zusammenbrechen dieser Parlamente krampfhaft einige Wahlparolen aufzustöbern. Die werktätigen Massen haben alle Ursache, mit den Parteien, die hier in diesem Hause die Mehrheit haben, Abrechnung zu halten, weil deren ganze Politik nur auf Kosten der werktätigen Massen gemacht worden ist. Es ist wirklich so, wie es im Volksmunde heißt, daß man bei einer Leiche, bei der man nicht viel über das trauert, was man verloren hat, Spaß macht, um sich über die Verlegenheit hinwegzutäuschen. So ist das zu beurteilen, was in diesen Stunden in diesem Parlament zusammengeredet worden ist.

Es ist eine ganz offenkundige Tatsache, die durch nichts mehr verschleiert werden kann, daß die Rechtsparteien die Hilfe der Sozialdemokratie benötigen, um ihre Politik durchzusetzen: die Politik der Entrechtung der Arbeiterklasse, der wirtschaftlichen

Knechtung mittels der Gesetze und Einrichtungen, die von den Regierungsparteien hier und im Reichstage beschlossen worden sind. Weil die Rechtsparteien die Sozialdemokratie zur Durchsetzung ihrer Politik benötigen, deshalb machen sie solche Erziehungsversuche, wie sie hier Herr von Campe in etwas humoristischer Weise demonstriert hat. Erziehungsversuche, bei denen die Rechtsparteien immerhin sagen können, sie sind nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Denn das, was der Minister in seiner letzten Rede und auch sonst sagte, läßt Herrn von Campe bei all seiner Altersschwäche die Hoffnung, er werde schließlich doch noch erleben, daß der Herr Innenminister eine Politik betreibt, die durchaus sein Einverständnis hat. Bekanntlich war die Politik im Preußischen Landtage dahin orientiert, daß sich nach den Wahlen wieder die Große Koalition in diesem Hause ergeben und daß im Reiche eine ähnliche Regierungsgemeinschaft geschaffen werden soll. Es ist deshalb begreiflich, wenn das Zentrum hier in diesem Hause einigermaßen betroffen dabeisitzt, wie sich diese Auseinandersetzung zwischen dem Innenminister und der Volkspartei abspielt. (Zuruf: „Im Gegenteil, es freut sich!“) Das kann immerhin auch die Dispositionen des Zentrums ein wenig stören. Das Zentrum ist bei allen kapitalistischen Regierungen der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht, und es hat ein Interesse daran, im Reiche wie hier, mit zwei Bällen zu spielen — mit der Sozialdemokratie und der Volkspartei —, und deshalb wünscht es nicht, daß ihm dieses Spiel verdorben wird, daß der eine Ball weggeschleudert wird. Das Fußballspiel, das vom Zentrum getrieben wird — sie werfen sich im Reichstage und hier gegenseitig die Bälle zu —, ist zu offensichtlich, als daß darüber irgendwelche Bemühungen hinwegtäuschen könnten.

Bei dieser Auseinandersetzung über den Innenetat, in dieser Situation, in der heute entschieden werden soll, ob der Reichstag sofort nach Hause geschickt und ob schon im März oder im Mai gewählt werden soll, ist bei allen Parteien die Verlegenheit darüber zu erkennen, daß so überraschend schnell Neuwahlen kommen könnten. Wir Kommunisten sind unter allen Umständen dafür, daß die Parlamente sofort nach Hause geschickt und daß so schnell wie möglich Neuwahlen vorgenommen werden, weil es doch offensichtlich ist, daß die Wandlungen, die sich seit der letz-

ten Wahl in der Arbeiterschaft vollzogen haben, ihre Linksorientierung, im krassen Gegensatz zu der Zusammensetzung der Parlamente stehen. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Deshalb ist schnellste Auflösung der Parlamente dringend notwendig. Diese Notwendigkeit ergibt sich aber auch daraus, daß die Absicht besteht, jetzt noch im Hetztempo einige wichtige arbeiterschädliche Gesetze und den Etat durchzupeitschen. Wir sind ganz entschieden dagegen und werden uns in jeder Hinsicht dagegen wehren, daß eine solche Durchpeitschung des Etats und der Gesetze erfolgt. Soviel zur Kennzeichnung der bisher hier gepflogenen Verhandlungen.

Von der Sozialdemokratie wird das Innenministerium als ein Prunkstück ihrer Politik für die nächste Wahl, als Wahlmaterial, herausgestellt werden. Wenn man aber den Arbeiten nachgeht, die das Innenministerium unter sozialdemokratischer Führung geleistet hat, dann ist mit dem, was das Innenministerium als ein Prunkstück sozialdemokratischer Politik auszeichnen soll, bei den werktätigen Massen wirklich kein Staat zu machen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Zufrieden kann die Bourgeoisie, können die kapitalistischen Klassen sein. Was das Innenministerium unternommen hat, um die Arbeiterschaft bei dem Kampfe um eine Verbesserung ihrer Lage zu hindern, ist so unerhört, so aufpeitschend für die Massen, daß wirklich viel dazu gehört, zu glauben, man könne auf Grund dieser Politik die Zustimmung der werktätigen Massen gewinnen. Die Arbeit des Innenministeriums geht darauf hinaus, bei allen größeren Wirtschaftskämpfen sofort die Staatsgewalt gegen die Arbeiter zum Schutz des Unternehmertums einzusetzen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Das haben wir erst vor kurzem bei dem mitteldeutschen Bergarbeiterstreik in der Lausitz gesehen. Damals wurden große Kolonnen von Schutzpolizei in das Streikgebiet geschickt, nicht etwa um die Arbeiter zu schützen, sondern um die heiligen Streikbrecher des Unternehmertums zu schützen. Das ist die Politik des sozialdemokratischen preußischen Innenministeriums!

In bezug auf die Beurteilung und Behandlung der Kampfverbände sehen wir beim Innenministerium durchaus die gleiche arbeitfeindliche Einstellung. Dem Scheine nach verbietet man wohl die Rechts-Kampfverbände; man sieht aber sehr tolerant zu, wie

diese Verbände trotz aller Verbote weiterbestehen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Wenn sich aber die Kampfverbände der Arbeiter, zum Beispiel der Rote Frontkämpferbund, ihrer Haut gegenüber den Angriffen der Rechtsverbände wehren, dann hat es das Innenministerium sehr eilig, sofort mit Verboten gegen die Arbeiterverbände vorzugehen. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Der größte Skandal, den wir in dieser Hinsicht erlebt haben, ist das Verbot des Roten Frontkämpferbundes in Wittenberge. Dort haben Stahlhelmer Rote Frontkämpfer überfallen. Die Roten Frontkämpfer, die sich zur Wehr setzten, waren anlässlich eines Gautreffens aus Berlin gekommen. Es konnte nicht festgestellt werden, daß Ortsgruppenmitglieder des Roten Frontkämpferbundes in Wittenberge an diesen Zusammenstößen beteiligt waren. Trotzdem verbot der sozialdemokratische Bürgermeister die Ortsgruppe des Roten Frontkämpferbundes in Wittenberge, und trotz aller Beschwerden hat das Innenministerium keinen Anlaß genommen, den Bürgermeister zu zwingen, dieses völlig rechtswidrige und absolut unzulässige Verbot zurückzunehmen. So wie in Wittenberge ist es in Oberschlesien, im Rheinland, in Köln. Überall Verbote des Roten Frontkämpferbundes. Nun, es liegt auf der Hand, warum das geschieht. Es ist eine offene Politik der Beeinträchtigung der Arbeiter, damit sie sich nicht gegenüber Angriffen von rechts zur Wehr setzen.

Wir haben dieselbe arbeiterschädliche Politik der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie in der Frage der Verwaltungsreform. Es ist jetzt das Schlagwort vom Einheitsstaat¹ in aller Munde. Die Ausführungen des Sozialdemokraten Hamburger haben schon bewiesen, wie man versucht, diesen Gedanken vom Einheitsstaat der Arbeiterschaft plausibel zu machen. Was Herr Hamburger über den Einheitsstaat gesagt hat, hätte ebensogut ein Vertreter des Trustkapitals sagen können. Was steckt denn hinter diesem Schlagwort vom Einheitsstaat? Das Trustkapital braucht eine noch festere Diktatur, als sie heute schon besteht. Heute stehen dieser Diktatur ein Teil der Kommunen, der Provinzial- und Länderparlamente im Wege, die eine mehr proletarische Zusammensetzung haben — deshalb das Streben nach Beseitigung der Länderparlamente, Konzentration der Gesetzgebung in einem Parlamente

¹ Siehe Seite 377/378 des vorliegenden Bandes. *Die Red.*

und der gesamten Diktatur des Trustkapitals in einer Regierung. Das sind die Hauptbeweggründe, aus denen das Trustkapital den Einheitsstaat anstrebt. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Hamburger.) — Ich habe schon begriffen, Herr Dr. Hamburger, was Sie wollen, wenn Sie für einen dezentralisierten Einheitsstaat eintreten. Ich verstehe nur nicht, wie man vom Einheitsstaat und von Dezentralisation in einem Atemzuge sprechen kann. (Erneuter Zuruf des Abgeordneten Dr. Hamburger.) — Nein, das liegt an Herrn Dr. Hamburger. Man hat das Wort dezentralisiert nur eingefügt, um die sozialdemokratischen Arbeiter dumm zu machen. Der Einheitsstaat ist doch auch in dem Sinne, wie ihn Herr Braun, wie ihn die Sozialdemokratie, vertritt, nichts anderes als die Auflösung der Länderregierungen. Allerdings, die Sozialdemokratie ist genötigt, auf ihren Hauptpartner in der Regierung, auf das Zentrum Rücksicht zu nehmen. Es ist nicht von ungefähr, daß Herr Heß vom Zentrum sagte, solche Unitarier wie Herrn Braun lasse er sich gefallen; sie täten einem nicht weh; sie seien bloß in der Theorie Unitarier, aber nicht in der Praxis.

Wenn das Preußische Innenministerium die Interessen der Arbeiter vertreten würde und nicht die Interessen der Bourgeoisie, dann lebte es keinen Tag. Die Bourgeoisie hat auch heute noch die Macht — sogar in der Zusammensetzung der Parlamente —, das Innenministerium jederzeit zum Teufel zu jagen, wenn es auf die Rechte und Interessen der Arbeiter Rücksicht nehmen würde. So treibt eben dieses Innenministerium in Preußen im Grunde genommen dieselbe Politik, wie sie Keudell im Reichstage als Innenminister betreibt. Herr Heilmann hat kürzlich auf dem sozialdemokratischen Preußentage geglaubt, einen Witz zu machen, indem er mir eine Redewendung unterstellte, die ich im Landtage gebraucht haben soll: Es sei Jacke wie Hose, ob Herr Severing oder ein Deutschnationaler im Innenministerium sitze. Diesen Ausdruck habe ich nicht gebraucht. Ich habe aber, ohne ein solches landläufiges Wort anzuwenden, über die Politik der Sozialdemokraten in der preußischen Regierung etwas Deutlicheres gesagt. Wenn es sich Herr Heilmann in einer Art Selbsterkenntnis seiner Politik ungefähr so gedacht hat, daß Jacke und Hose zu einem Anzug gehören, so sage ich allerdings, daß zum Anzug einer kapitalistischen Regierung die Sozialdemokraten

und die Deutschnationalen gehören. Trotzdem ist die Jacke keine Hose und die Hose keine Jacke. Beide zusammen aber bilden einen Anzug. So ist es auch hier mit der Politik der SPD.

Wir haben das heute wieder bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag erlebt. Worum handelte es sich? Um eine der vitalsten Lebensinteressen der werktätigen Massen Deutschlands, um den Achtstundentag in den Betrieben, in denen die Gesundheit der Arbeiterschaft am allermeisten ruiniert wird. Der preußische Handelsminister weigert sich, einen Beschluß des Landtages durchzuführen. Wir Kommunisten beantragen ein Mißtrauensvotum wegen dieser Verletzung eines Landtagsbeschlusses, vor allem aber, weil durch dieses Verhalten die Interessen der Arbeiter auf das ungeheuerlichste geschädigt werden. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Was erleben wir? Sozialdemokraten und Deutschnationale stimmen in voller Harmonie das Mißtrauensvotum nieder und billigen damit, daß der Achtstundentag nach der Verordnung der Reichsregierung nicht durchgeführt wird. Die gleiche ablehnende Stellung nimmt die Sozialdemokratie in allen Parlamenten zu den Arbeiterfragen ein.

Es ist plumpe Demagogie von ihr, wenn sie wegen gleichartiger Abstimmungen der Kommunisten und der Deutschnationalen über Mißtrauensanträge gegen die Regierung den Arbeitern einzureden versucht, darin dokumentiere sich die Zusammenarbeit der Kommunisten mit den Deutschnationalen. (Lachen bei den Kommunisten.)

Aus der Arbeit des Preußischen Innenministeriums in der Frage der Personalpolitik muß noch etwas hervorgehoben werden. Zum Teil hat es schon mein Parteifreund Schwenk getan. Wenn Herr Grzesinski auf dem Preußentag auf die angeblich fortschrittliche Reform seiner Personalpolitik hingewiesen hat, nämlich daß von 490 Beamten — Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten und Landräten — 80 der SPD, 62 dem Zentrum, 95 den Demokraten und 93 der Volkspartei angehören, so zeigen schon diese Zahlen, daß man damit keinen großen Staat vor den Arbeitern machen kann. Entscheidend für die Beurteilung der Personalpolitik sind nicht diese Zahlen, sondern die Politik und die Maßnahmen, die diese Beamten gegenüber den werktätigen

Massen treiben und treffen. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Wiederholt haben wir feststellen können, daß sich die sozialdemokratischen Landräte in ihren arbeiterfeindlichen und arbeiterschädlichen Maßnahmen durch nichts von den deutsch-nationalen Landräten unterscheiden. Trotzdem wünschen wir Kommunisten natürlich nicht, daß die Deutschnationalen diese Posten besetzen. Wenn die Arbeiter die Macht erobert haben, dann werden sie diesen Staatsapparat vollkommen zerschlagen müssen, weil er ganz unbrauchbar für die Vertretung ihrer Interessen ist.

Man hat hier von der Auflösung der Gutsbezirke und den Verdiensten gesprochen, die sich der Innenminister angeblich um diese Angelegenheit erworben haben soll. Wir stellen fest, daß die Sozialdemokratie lange Jahre in der Preußenregierung war, daß jahrelang eine Koalition bestand, unter der — hätte die SPD diese Frage zu einer wirklichen Kernfrage ihrer Regierungspolitik gemacht — die Gutsbezirke längst nicht mehr hätten bestehen dürfen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Sie haben die Auflösung der Gutsbezirke von Jahr zu Jahr verschleppt, und selbst die Reformen, zu denen der Innenminister persönlich die Berechtigung hat, sind auf diesem Gebiete nicht durchgeführt worden. Deshalb ist es wirklich eine große Einfältigkeit, den Arbeitern zuzutrauen, daß sie nun glauben sollen, es sei ein Verdienst der Sozialdemokratie, daß die Gutsbezirke endlich aufgelöst worden sind.

Aber die Sozialdemokratie kann nichts tun, was den Arbeitern zugute käme, um nicht gleich hinterher wieder eine Einschränkung vorzunehmen. Es ist immerhin interessant, daß die Mitglieder des Landtages aus einer Mitteilung des Abgeordneten Heilmann auf dem Preußentage der Sozialdemokraten erfahren müssen, daß sich die Koalitionsparteien dahin verständigt haben, die Gemeindewahlen nicht im Mai — wo sie ordnungsgemäß stattfinden sollten —, sondern erst im Herbst vorzunehmen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Das heißt mit anderen Worten, daß die Machtvollkommenheit der Gutsvorsteher noch bis zum Herbst erhalten werden soll, daß die Arbeiter noch ein halbes Jahr lang um ihre Rechte betrogen werden sollen, die ihnen auf Grund der Gemeindewahlen zustehen.

Die Personalpolitik ist auf dem Preußentage der Sozialdemokratie sehr gut durch einen Vertreter aus Hannover charakterisiert worden, der dort einfach erklärte:

Bei uns besteht der große Segen dieser Personalpolitik des Preußischen Innenministeriums eigentlich nur darin, daß wir einen sozialdemokratischen Oberpräsidenten Noske und einen sozialdemokratischen Aktenhefter haben, obwohl im Provinziallandtage — wenn ich mich recht entsinne — 67 sozialdemokratische Abgeordnete sitzen.

Besser können wir den Segen dieser Personalpolitik, soweit Angehörige der Arbeiterklasse dabei überhaupt in Frage kommen, nicht charakterisieren. Bei der ganzen Arbeit des Innenministeriums kommt zum Ausdruck, daß es die Sozialdemokratie — die ja für ihre Vertreter im Ministerium verantwortlich ist — mit den Rechtsparteien nicht verderben will. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

Die Meinungsfreiheit der Beamten wurde hier gefordert. Alle Unterdrücker führen die Freiheit im Munde. Die Meinung derjenigen Beamten wird unterdrückt, die fortschrittlich denken, die nicht reaktionären Anschauungen huldigen, sondern die sich davon befreit haben und in der Linie der Befreiung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch denken und handeln. Da steht es dem Innenminister, dem Sozialdemokraten, ebenfalls schlecht an, als Vorkämpfer der Meinungsfreiheit der Beamten aufzutreten. Die Politik, die das Innenministerium in der Vergewaltigung wirklich fortschrittlich denkender Beamter getrieben hat, ist so offenkundig, daß sie nicht mit Phrasen verschleiert werden kann. Wir erinnern daran, daß Beamte, die nicht Kommunisten waren, sondern bei den Behörden nur im Verdacht standen, mit den Kommunisten zu sympathisieren oder auch tatsächlich sympathisierten, gemäßregelt worden sind, und daß vom Innenministerium nichts unternommen wurde, um die Instanzen zur Rechenschaft zu ziehen, die für diese Maßregelungen verantwortlich waren. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Das ist in Berlin, das ist in allen Provinzen des Landes geschehen; das ist geschehen bei der Polizei, im Verwaltungsapparat, überall, wo Beamte waren, die nach einer kommunistischen Orientierung hin ihre Meinung zum

Ausdruck brachten. Man hat sie entweder ihrer Posten enthoben oder im Avancement zurückgesetzt. Das ist keine Meinungsfreiheit der Beamten.

Im Gegensatz dazu stellen wir fest, daß von dem sozialdemokratischen Innenminister gegenüber den reaktionären und monarchistischen Anschauungen größte Toleranz geübt wird. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Denn was sich in dem Polizeioffizierkorps tatsächlich an reaktionärer, monarchistischer Gesinnung offenbart, ist so kraß, daß demokratisch, republikanisch gesonnene Beamte es kaum wagen, ihrer Gesinnung Ausdruck zu geben.

Noch eine andere Angelegenheit muß von uns ins richtige Licht gestellt werden. Das ist die Angelegenheit des Justizrats Claß. Die Deutschnationalen haben geglaubt, hier eine scharfe Attacke gegen das Innenministerium reiten zu müssen wegen der Maßnahmen, die das Innenministerium gegen diesen Hochverräter und seine Gesinnungsgenossen unternommen hatte.

Wir Kommunisten sind zwar der Meinung, daß weder die Gerichte noch die Regierung die Befugnis haben sollen, sich in die politischen Kämpfe einzumischen, daß beide die Finger davon lassen sollen. Aber wenn das Reichsgericht Kommunisten wegen Handlungen, die bei weitem nicht an das heranreichen, was Herr Claß unternommen hat, auf Jahrzehnte in die Zuchthäuser wirft, dann haben wir ein Interesse daran, aufzuzeigen, welcher Schwindel hier getrieben wird, indem man sich künstlich darüber entüsst, daß dem braven Herrn Claß und einigen seiner Freunde von der Polizei einmal ein wenig an den Kragen gegangen wurde. Der Herr Minister hat hier wiederholt gesagt:

Meine Herren, es war gar nicht so böse gemeint; wir hatten die Mitteilungen und mußten angesichts dieser Mitteilungen natürlich pflichtgemäß zugreifen. Dabei sind Mißgriffe vorgekommen. Wir haben die Beamten dafür gerüffelt. —

Das zeigt den Geist eines Sozialdemokraten gegenüber dem bürgerlichen Ansturm. Er knickt wie ein Taschenmesser zusammen. Anstatt hier angesichts der Tatsachen, die dokumentarisch festgestellt sind, standzuhalten und sich auch vor die Beamten zu stellen, die damals in seinem Auftrage die Haussuchungen und

Verhaftungen vorgenommen haben, gibt er Beamte wegen einiger von ihnen angeblich begangener Ungeschicklichkeiten preis. Herr Innenminister, was nicht an Ungeschicklichkeiten, sondern an Brutalitäten von Polizeiorganen bisher schon an Kommunisten und Arbeitern verübt worden ist — auch in der Zeit, in der Sie hier am Ruder sind —, übertrifft bei weitem das, was Herrn Claß und seinen Gesinnungsgenossen widerfahren ist. Sie sind aber noch niemals aufgetreten und haben Beamte deshalb gerüffelt, weil sie Arbeiter, die verhaftet wurden, mit Gummiknüppeln verprügelt haben. Sie haben trotz aller Beschwerden, die Ihnen zugegangen sind, die Beamten nicht zur Verantwortung gezogen.

Zu Herrn Claß selbst lohnt es sich, etwas zu sagen, weil in der letzten Zeit von den Deutschnationalen nicht nur mit Herrn Claß, sondern auch mit den zum Tode verurteilten und jetzt zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigten Fememördern systematisch eine Art Kult getrieben wird. Das Spiel ist zu durchsichtig, als daß nicht von jedem verstanden würde, was die Deutschnationalen hier anstreben. Wir stellen gegenüber Herrn Claß fest, daß er selbst bei seiner Vernehmung zugegeben hat, sein politisches Ziel sei der völkische Staat, die völkische Diktatur. Er wollte den Reichspräsidenten Hindenburg dafür gewinnen, daß er eine Regierung nach den Wünschen des Herrn Claß einsetze. Wenn der Reichstag dieser völkischen Regierung sein Vertrauen nicht ausspräche, so sollte der Reichspräsident den Reichstag auflösen und eine zeitweilige Aussetzung der Wahl der Parlamente herbeiführen, das heißt also, die Verfassung brechen, die offene völkische Diktatur einführen. Und Herr Claß hatte für diese Diktatur bereits einen Anwärter. Er hatte zwar bei einer anderen Gelegenheit erklärt, daß an die Spitze der Diktatur das Schicksal den setzen müsse, der die dafür erforderliche Dreistigkeit und Fähigkeit aufzubringen vermöge. Aber Herr Claß wollte selbst Schicksal spielen: Er hatte Herrn Hugenberg zum Diktator der völkischen Diktatur bestimmt.

Herr Claß hat sich ganz offen für die gewaltsame Beseitigung der Verfassung eingesetzt. In diesem Zusammenhange ist ein Brief interessant, den er am 15. Dezember 1925 an den ausgerückten Hohenzollern geschrieben hat. Darin heißt es:

Ausdruck brachten. Man hat sie entweder ihrer Posten enthoben oder im Avancement zurückgesetzt. Das ist keine Meinungsfreiheit der Beamten.

Im Gegensatze dazu stellen wir fest, daß von dem sozialdemokratischen Innenminister gegenüber den reaktionären und monarchistischen Anschauungen größte Toleranz geübt wird. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Denn was sich in dem Polizeioffizierkorps tatsächlich an reaktionärer, monarchistischer Gesinnung offenbart, ist so kraß, daß demokratisch, republikanisch gesonnene Beamte es kaum wagen, ihrer Gesinnung Ausdruck zu geben.

Noch eine andere Angelegenheit muß von uns ins richtige Licht gestellt werden. Das ist die Angelegenheit des Justizrats Claß. Die Deutschnationalen haben geglaubt, hier eine scharfe Attacke gegen das Innenministerium reiten zu müssen wegen der Maßnahmen, die das Innenministerium gegen diesen Hochverräter und seine Gesinnungsgenossen unternommen hatte.

Wir Kommunisten sind zwar der Meinung, daß weder die Gerichte noch die Regierung die Befugnis haben sollen, sich in die politischen Kämpfe einzumischen, daß beide die Finger davon lassen sollen. Aber wenn das Reichsgericht Kommunisten wegen Handlungen, die bei weitem nicht an das heranreichen, was Herr Claß unternommen hat, auf Jahrzehnte in die Zuchthäuser wirft, dann haben wir ein Interesse daran, aufzuzeigen, welcher Schwindel hier getrieben wird, indem man sich künstlich darüber entrüstet, daß dem braven Herrn Claß und einigen seiner Freunde von der Polizei einmal ein wenig an den Kragen gegangen wurde. Der Herr Minister hat hier wiederholt gesagt:

Meine Herren, es war gar nicht so böse gemeint; wir hatten die Mitteilungen und mußten angesichts dieser Mitteilungen natürlich pflichtgemäß zugreifen. Dabei sind Mißgriffe vorgekommen. Wir haben die Beamten dafür gerüffelt. —

Das zeigt den Geist eines Sozialdemokraten gegenüber dem bürgerlichen Ansturm. Er knickt wie ein Taschenmesser zusammen. Anstatt hier angesichts der Tatsachen, die dokumentarisch festgestellt sind, standzuhalten und sich auch vor die Beamten zu stellen, die damals in seinem Auftrage die Haussuchungen und

Verhaftungen vorgenommen haben, gibt er Beamte wegen einiger von ihnen angeblich begangener Ungeschicklichkeiten preis. Herr Innenminister, was nicht an Ungeschicklichkeiten, sondern an Brutalitäten von Polizeiorganen bisher schon an Kommunisten und Arbeitern verübt worden ist — auch in der Zeit, in der Sie hier am Ruder sind —, übertrifft bei weitem das, was Herrn Claß und seinen Gesinnungsgenossen widerfahren ist. Sie sind aber noch niemals aufgetreten und haben Beamte deshalb gerüffelt, weil sie Arbeiter, die verhaftet wurden, mit Gummiknüppeln verprügelt haben. Sie haben trotz aller Beschwerden, die Ihnen zugegangen sind, die Beamten nicht zur Verantwortung gezogen.

Zu Herrn Claß selbst lohnt es sich, etwas zu sagen, weil in der letzten Zeit von den Deutschnationalen nicht nur mit Herrn Claß, sondern auch mit den zum Tode verurteilten und jetzt zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigten Fememördern systematisch eine Art Kult getrieben wird. Das Spiel ist zu durchsichtig, als daß nicht von jedem verstanden würde, was die Deutschnationalen hier anstreben. Wir stellen gegenüber Herrn Claß fest, daß er selbst bei seiner Vernehmung zugegeben hat, sein politisches Ziel sei der völkische Staat, die völkische Diktatur. Er wollte den Reichspräsidenten Hindenburg dafür gewinnen, daß er eine Regierung nach den Wünschen des Herrn Claß einsetze. Wenn der Reichstag dieser völkischen Regierung sein Vertrauen nicht ausspräche, so sollte der Reichspräsident den Reichstag auflösen und eine zeitweilige Aussetzung der Wahl der Parlamente herbeiführen, das heißt also, die Verfassung brechen, die offene völkische Diktatur einführen. Und Herr Claß hatte für diese Diktatur bereits einen Anwärter. Er hatte zwar bei einer anderen Gelegenheit erklärt, daß an die Spitze der Diktatur das Schicksal den setzen müsse, der die dafür erforderliche Dreistigkeit und Fähigkeit aufzubringen vermöge. Aber Herr Claß wollte selbst Schicksal spielen: Er hatte Herrn Hugenberg zum Diktator der völkischen Diktatur bestimmt.

Herr Claß hat sich ganz offen für die gewaltsame Beseitigung der Verfassung eingesetzt. In diesem Zusammenhange ist ein Brief interessant, den er am 15. Dezember 1925 an den ausgerückten Hohenzollern geschrieben hat. Darin heißt es:

Eure Majestät dürfen versichert sein, daß die um mich gescharten Getreuen, deren Zahl und Bedeutung mit der wachsenden Not gewachsen ist, mit unerschütterlichem Willen am Werke sind in dem Ziel, in dem gereinigten und befreiten Vaterlande das hohenzollernsche Kaisertum in erhöhtem Glanze aufzurichten zu helfen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.)

Er hat auch im Jahre 1912 ein Buch geschrieben, von dem er im Jahre 1925 eine Neuauflage herausgab. In diesem Buche heißt es:

Der Staatsstreich ist das ursprünglichste Notrecht jedes Staates, der sich nicht durch papierne Vorschriften — also wie die Verfassung zum Beispiel — zum Selbstmord verurteilen lassen will. Die nationale Diktatur hat, wenn die Ordnung wieder hergestellt ist — also der Staatsstreich gelungen ist —, ein neues Wahlgesetz zu oktroyieren, das den Besitzenden und Gebildeten oder vielleicht auch bloß den nationalen Elementen nach dem Muster Mussolinis den maßgebenden Einfluß im Staate einräumt.

Ich denke, deutlich genug, um auch für einen Oberreichsanwalt verständlich zu sein! — Und er schreibt dann weiter in dem Buche:

Da wir keinen Kaiser haben, muß die kaiserliche Gewalt von dem Manne übernommen werden, den das Schicksal dazu bestimmt.

Auch Herr General von Seeckt hat bei der damaligen Untersuchung als Zeuge bekundet, daß Herr Claß ihn im Jahre 1923 besucht habe, um ihn — nach der vorsichtigen Sprache des Generals von Seeckt — für einen bedenklichen Zweck zu gewinnen. Der Oberreichsanwalt hat ganz klar erkannt, daß das nur der „Zweck“ eines gewaltsamen Umsturzes des Staates war. Aber er hat sehr verständnisvoll für Herrn Claß geurteilt: Claß habe sich wahrscheinlich seit 1925 durch die Festigung des Staates davon überzeugt, daß seine Pläne undurchführbar seien, und deshalb müsse man Herrn Claß weiter Hochverrat organisieren lassen.

Ich habe das nur deshalb zum Ausdruck gebracht, um die künstliche Entrüstung der Deutschnationalen zu kennzeichnen; denn sie wissen ganz genau, was hinter dem Plane der Claß, Hugenberg und Genossen stand, sie waren direkt beteiligt, und es ist nicht ihr Verdienst, daß dieser Staatsstreich nicht gelungen ist. Wäre ihnen damals nicht die Polizei in die Parade gefahren, so wäre alles sehr schön vorbereitet gewesen, um die „nationale Diktatur“ aufzurichten. Insofern hat die Polizei auch einmal ein verdienstvolles Werk getan. Aber sobald sie etwas tut, was man begrüßen kann, so tut sie im nächsten Augenblick wieder sofort das Gegenteil davon. Wenn hier der Herr Minister diesen Rückzug vor den Deutschnationalen antritt, nachdem das Reichsgericht Herrn Claß freigelassen hat, um ihm die weitere Organisation des Hochverrats möglich zu machen, dann ist das nichts anderes als eine Begünstigung dieser Tätigkeit. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

Angesichts der Beurteilung der Tätigkeit des Innenministeriums, wie sie sowohl durch meinen Parteifreund Schwenk als auch durch mich erfolgte, werden wir alles daransetzen, um im kommenden Wahlkampf all den Schwindelmanövern entgegenzutreten. Diese werden von allen bürgerlichen Parteien und von der Sozialdemokratischen Partei unternommen, um die werktätigen Massen vor den Wagen dieser arbeiterfeindlichen Parteien zu spannen und sich damit die Möglichkeit der Fortsetzung ihrer reaktionären Politik zu schaffen. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Unsere Aufgabe als Kommunisten wird es sein, gerade an diesem sogenannten Prunkstück, dem Preußischen Innenministerium, gerade an der ganzen Regierungspolitik zu zeigen, was diese Republik ist, was diese Koalition der Sozialdemokraten mit den Demokraten und dem Zentrum für die werktätigen Massen bedeutet. Wir werden darauf hinweisen, wie in dieser ganzen Zeit alle Anträge der Kommunisten, die nur im Interesse der werktätigen Massen gestellt wurden, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, hier im Plenum wie in den Ausschüssen niedergestimmt worden sind und sich somit die ganze Politik dieses Landtages als eine Politik der Arbeiterfeindlichkeit dokumentierte. Alles was in diesem Hause von den bürgerlichen Parteien und von den Sozialdemokraten

geschah, war nichts anderes als Schutz der Interessen der Bourgeoisie und eine fortgesetzte Schädigung der Interessen der Arbeiterklasse.

Daß wir dies in den kommenden Wahlkämpfen draußen mit aller Deutlichkeit feststellen können, das verdanken wir dem Material, das Sie uns durch ihre Tätigkeit geliefert haben. Wir werden es in der Wahlbewegung den werktätigen Massen zugänglich machen. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Die Wahlen werden noch nicht die letzte Auseinandersetzung zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse bringen; sie werden aber ein Schritt zur weiteren Erkenntnis und Klärung der Klassenfrage und des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat sein. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) In wachsendem Maße werden die werktätigen Massen erkennen, daß die Kommunisten ihre einzigen Vertreter in den Parlamenten sind und alle übrigen Parteien nichts weiter als die direkten oder indirekten Förderer der Interessen der Bourgeoisie.

Das ist das Urteil, das wir Kommunisten nicht nur über das Innenministerium, sondern über das gesamte Staatsministerium haben. Es ist nicht von ungefähr, daß in der letzten Zeit sogar die Deutschnationalen bei einem Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den sozialdemokratischen Innenminister nicht mehr für dieses Mißtrauen gestimmt, sondern sich an der Abstimmung nicht beteiligt haben. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Sie bringen damit zum Ausdruck, daß auch dieser Innenminister in ihrem Sinne zu erziehen ist. Das Mißtrauensvotum wurde damals wegen der unerhörten Polizeischweinereien gegenüber den demonstrierenden Arbeitern in Charlottenburg und Lichterfelde gestellt. Deshalb sollte dem Innenministerium das Mißtrauen ausgesprochen werden. Ja, in diesem Fall, wo Arbeiter infolge der Politik des Innenministeriums niedergeschlagen wurden, hat der Minister das volle Vertrauen der Deutschnationalen. Daß er ihnen heute noch nicht in jeder Hinsicht willfährig ist, ist der Grund, warum sie gegen ihn demonstrieren. Aber hier wie im Reichstage werden die sozialdemokratischen Minister die Politik der Rechtsparteien mitmachen, weil sie — gezwungen durch ihre Partner in der Koalition — nicht mehr anders können. Das ist der Gang der sozialdemokratischen Politik: immer tiefer in die

Klassenfront der Bourgeoisie („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) und immer mehr weg von der Arbeiterklasse, so daß die Kommunisten in der Tat die einzigen Vertreter der Arbeiterklasse in den Parlamenten sind, wie sie die einzigen Führer des kämpfenden Proletariats sind.

II

9. März 1928

Wir Kommunisten erheben schärfsten Protest dagegen, daß durch Beschluß dieses Hauses die Redezeit für die Beratung des Etats so eingeschränkt worden ist, daß man überhaupt nur noch von einer Durchpeitschung des Etats reden kann. Wir Kommunisten haben eine große Zahl von Anklagen gegen die preußische Regierung, insbesondere gegen den Ministerpräsidenten zu richten. Durch die Beschränkung der Redezeit wird es uns unmöglich gemacht, diese Anklagen in aller Gründlichkeit und Vollständigkeit darzulegen.

Wir Kommunisten wollen diese sogenannte Beratung des Haushalts des Preußischen Staatsministeriums nicht vorübergehen lassen, ohne unsere schärfste Gegnerschaft zu seiner Politik — neben der Ablehnung des Etats — auch noch durch einen ausführlich begründeten Mißtrauensantrag gegen das gesamte Staatsministerium zum Ausdruck zu bringen. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Dieser Etat ist der letzte, mit dem sich die Regierung von diesem Landtage verabschiedet. Beide werden in einer etwas anderen Zusammensetzung nach den Wahlen wieder erscheinen. Die Wahlen werden einen erheblichen Linksruck der werktätigen Massen zeigen; einen Linksruck infolge der Ablösung von den Rechtsparteien und der teilweisen Zuwendung zur Sozialdemokratie in der Illusion, daß die Sozialdemokratie einen Kampf gegen die Rechtsparteien führen könne. Andererseits ein Linksruck infolge Abwendung eines großen Teiles der klassenbewußten Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie, für die sie bisher bei den Wahlen gestimmt haben.

Die Maßnahmen hier im Parlament und in der Regierung zeigen den gegenteiligen Kurs, einen verschärften reaktionären

Kurs gegen die Arbeiterklasse. Das wird darin zum Ausdruck kommen, daß in diesem Haus nach den Wahlen statt der Weimarer Koalition die Große Koalition zustande kommen wird. Es ist kein Geheimnis, daß man sich im Lager der Sozialdemokratie wie in demjenigen der Demokraten und des Zentrums sehr ernsthaft über diese Frage unterhält. Auch das, was die Volkspartei heute tut, ist nur noch ein kleines Geplänkel, um bei den Wahlen als ehemalige Oppositionspartei im Landtage die eine oder andere Stimme angeln zu können. Im Grunde genommen zeigten die Ausführungen, die Herr von Campe hier und im Hauptausschuß gemacht hat, daß man nur den Weg sucht, um nach den Wahlen wieder in einer Regierungsgemeinschaft zu sitzen.

Andererseits wird der Landtag trotz dieses Linksrucks auch in seiner neuen Zusammensetzung die reaktionäre Politik fortsetzen, die er in seiner Mehrheit bisher getrieben hat. Er wird dadurch den Gegensatz, der zwischen den Parteien — von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen — und den werktätigen Massen besteht, erweitern und verschärfen. Dieser Gegensatz wird nicht mit dem Stimmzettel, sondern mit den revolutionären Mitteln des Klassenkampfes aufgehoben werden; indem die Klassenfeinde des Proletariats besiegt werden und die Herrschaft des Proletariats aufgerichtet werden wird. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

Der preußische Ministerpräsident schrieb am 1. Januar dieses Jahres im „Vorwärts“ einen Artikel unter dem Titel „Preußen im Wahlkampf voran!“ Die Überschrift hätte wohl richtiger gelautet: „Preußen im Wahlschwindel voran!“ Der Artikel versucht, die Arbeiter in plumper Weise über die tatsächlichen Verhältnisse hinwegzutäuschen. Es fällt nicht besonders auf, sondern ist verständlich, daß Herr Braun ebenso wie heute Herr Schwering¹ 1919 und 1928 gegenüberstellt. Er sagt:

Ein Vergleich zwischen diesen beiden Jahren zeigt, was das deutsche Volk, zur verantwortlichen Mitarbeit im Staat herangezogen, trotz wirtschaftlicher Not und schweren Drucks der Kriegslasten zu leisten vermochte.

¹ Abgeordneter des Zentrums. *Die Red.*

Hier wird der Schwindel gemacht, daß das deutsche Volk, dessen Mehrheit doch die werktätigen Massen bilden, zur verantwortlichen Mitarbeit im Staat herangezogen worden sei. Dieser Schwindel ist nur dadurch möglich, daß man darauf verweist, Vertreter einer Partei, die ehemals eine Partei des Klassenkampfes war, diesen Kampf aber längst aufgegeben hat, seien in die Regierungspositionen hineingekommen. Das war aber nur dadurch möglich, daß diese Partei den Klassenkampf aufgab und sich zur Gemeinschaft mit den Klassenfeinden des Proletariats bekannte. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Deshalb ist es ein Schwindel, daß die werktätigen Massen zur verantwortlichen Mitarbeit herangezogen worden seien. Es ist vielmehr so, daß sich die Bourgeoisie Vertreter aus der Arbeiterklasse gekauft hat, um die Massen zu täuschen. Mit einem derartigen Artikel macht sich der Ministerpräsident an einem solchen Schwindel gegenüber den Massen mitschuldig.

Es heißt weiter, daß sich die preußische Regierung jeder Bereicherung hindernd in den Weg gestellt habe. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Die preußische Regierung hat sich nicht der Bereicherung der Kapitalisten und Junker hindernd in den Weg gestellt, sondern ihre Politik ist ein so ausgezeichnetes Mittel zur Bereicherung jener Schichten gewesen, daß diese im Grunde mit der Politik der Regierung durchaus einverstanden sein können. Wenn der Ministerpräsident im Hauptausschuß demgegenüber sagte, aus den Blättern der Rechtsparteien töne es ihm anders entgegen, so sollte er aus der Vorkriegszeit wissen, daß es immer Grundsatz der Junker gewesen ist: nur schreien, immer schreien. Wenn der Herr Ministerpräsident danach strebt, die volle Zustimmung der Rechtsparteien für seine Politik zu erlangen, dann wird er allerdings noch viel mehr dem Drängen der Rechtsparteien auf Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse nachgeben müssen. Außerdem wird in diesem Artikel gesagt, daß die in Preußen regierenden Parteien die Demokratisierung unseres Staatswesens konsequent fortgesetzt hätten. (Lachen bei den Kommunisten.) Wenn man unter Demokratisierung des Staatswesens nicht etwa die Bevorzugung der den Besitz repräsentierenden Bevölkerungsschichten bei der Heranziehung zu verantwortlichen Posten im Staatsdienste versteht, dann kann

man wirklich nicht von einer Demokratisierung des Staatswesens sprechen. Es besteht die Tatsache, daß die Staatsgewalt in brutaler, rücksichtsloser Weise stets gegen die Arbeiterklasse eingesetzt wird („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.), wenn diese, durch die Not getrieben, zum Kampfe greift, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Daß man außerdem diese Parole „Preußen im Wahlkampf voran!“ auch von der Sozialdemokratie und wahrscheinlich auch von den anderen Regierungsparteien propagieren will, geht aus den Äußerungen hervor, die auf dem sozialdemokratischen Preußentage hier in Berlin gemacht wurden. Heilmann hat sogar gesagt, was man in Preußen mit Hilfe der Koalition der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten geleistet habe, sei eine große Tat des Sozialismus. Der Sozialismus im Munde solcher Sozialdemokraten ist sehr anrühlich; denn man hat schon 1919 erklärt, der Sozialismus marschiere. Wir wissen aber, wohin dieser Sozialismus marschiert ist. Es liegt alle Ursache dafür vor, diesen Schwindel aufzudecken, indem der werktätigen Bevölkerung die Tatsachen vor Augen geführt werden.

Wie sieht es nun mit der „Großtat des Sozialismus“ aus? Ich berufe mich hier auf einen Parteifreund von Heilmann, den Reichstagsabgeordneten Fleißner aus Dresden, der sich anlässlich einer Kontroverse über die Politik des Preußischen Landtages ziemlich deutlich über die Politik der Preußenkoalition geäußert hat. Er hat ganz offen erklärt, daß sich im Grunde genommen in der ganzen Arbeit der Sozialdemokratie in Preußen offenbar die abnorme Bescheidenheit der sozialistischen Koalitionspolitik zeigt. Er sagt:

Die preußische Koalitionspolitik ist geradezu ein unübersteigliches Hindernis, Arbeiter aus dem Lager der bürgerlichen Parteien zu uns herüberzuziehen.

Außerdem schreibt er, gegenüber dem, was von Heilmann zur Rechtfertigung der Koalitionspolitik geschrieben wurde:

Das sind sehr faule Koalitionsgeschichten. — Wenn alle Koalitionspolitik, die wir im Reiche oder in irgendeinem anderen Lande zu machen haben, gleich schlimm aussehen würde, dann

könnten wir mit unserer Partei einpacken. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.)

So wie in Preußen sieht die Koalitionspolitik überall aus. Deshalb wird die Sozialdemokratie tatsächlich einmal mit ihrer Partei einpacken müssen, weil von ihr die klassenbewußten Arbeiter weggehen werden und sie keine Arbeiterpartei mehr, sondern nur noch eine bürgerliche Partei sein wird. Die Grundsätze, die man in der SPD gelegentlich propagiert, sind dazu da, die sozialdemokratischen Arbeiter zu besänftigen, wenn sich der Unwille über diese Koalitionspolitik allzu deutlich äußert. Der Ministerpräsident sagte im Hauptausschuß: Es sei nun einmal das Wesen der Koalitionspolitik, daß man seine Grundsätze dieser Politik opfern müsse. Das ist ein sehr offenes Eingeständnis des Ministerpräsidenten als Sozialdemokrat. Es bestätigt das, was wir Kommunisten immer gesagt haben — was aber von den Sozialdemokraten immer als Beschimpfung empfunden wurde —, daß in der Tat die Sozialdemokratische Partei durch ihre Koalitionspolitik alle Grundsätze preisgegeben hat, die sie ehemals als Arbeiterpartei aufgestellt hat. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten.)

Wie steht es nun mit der Politik des Preußischen Staatsministeriums? Ich muß mich hier auf einige kurze Andeutungen beschränken. Wie sieht es aus mit der Behauptung, daß man jeder Bereicherung hindernd in den Weg getreten sei? Es wird in dieser Zeit sehr viel — natürlich in den bürgerlichen Blättern — von der „Notlage“ der Kapitalisten und der Junker geschrien und geschrieben. Von der Notlage der Arbeiter schreibt man sehr wenig oder gar nichts. Das zeigt sich auch in der preußischen Politik.

Von der Reichsregierung soll jetzt ein Notprogramm verabschiedet werden, mit dem die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und auch das Zentrum bei den Wahlen eine Anzahl Stimmen aus den bürgerlichen Kreisen zu retten hoffen. Man macht ein bäuerliches Notprogramm, das heißt, es ist kein bäuerliches, sondern ein junkerliches Notprogramm. Es ist ganz klar, daß der kleine Bauer und der Landarbeiter von den zu bewilligenden Millionen keinen Pfennig sehen wird. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Was tut die Preußenregierung? Zu diesem Notprogramm der Reichsregierung hat die Preußenregierung Vor-

schläge eingereicht. In diesen Vorschlägen ist vorgesehen, daß zur Organisation und Förderung des Absatzes von Schlachttieren und Fleisch sowie für Einrichtungen, die diesen Zwecken dienen, 30 Millionen Mark bereitgestellt werden sollen. Das heißt, daß man den großen Viehproduzenten riesige Zuschüsse auf diese Weise verschaffen will. Außerdem ist zur Behebung der gegenwärtigen außerordentlichen Notstände der Landwirtschaft ein weiterer Betrag von 30 Millionen Mark und zur Verhütung des Niederbruchs der landwirtschaftlichen Genossenschaften ein einmaliger Betrag von 25 Millionen Mark vorgesehen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten und Zuruf: „Und die Arbeitergenossenschaften?“) Das Arbeitsprogramm der Reichsregierung soll dann noch einen Reichsgarantiefonds von 75 Millionen Mark festlegen. Das sind allein 160 Millionen Mark, die nach Vorschlag der preußischen Regierung den „hungernden“ Junkern Preußens bewilligt werden sollen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Die Entwicklung der Preußenkasse hat zum ändern gezeigt, wie man mit den Geldern des Staates gewirtschaftet hat, wie man fast über eine Milliarde Mark an Krediten den Junkern gegeben hat, die gar nicht daran denken, einen Pfennig zurückzuzahlen. Diese Schuldenlast der Kasse wird letzten Endes bei der Liquidation von der preußischen Regierung übernommen werden.

Wie sieht es andererseits mit dem Entgegenkommen gegenüber den Arbeitern und der Behebung ihrer Notlage aus? Ich habe schon anlässlich der Beratung eines anderen Gegenstandes auf die unerhörte Tatsache hingewiesen, daß in der Preußag, an deren Spitze der Sozialdemokrat Osterroth als Direktor steht, den Arbeitern empörende Schundlöhne gezahlt werden. Als am 1. Dezember vorigen Jahres eine allgemeine Lohnerhöhung verlangt wurde, hat dieser Sozialdemokrat erklärt, daß man darüber erst sprechen könne, wenn eine Beruhigung der Belegschaft eintreten würde. Die Arbeiter wollten im ganzen je Schicht 10 bis 15 Pfennig Zulage fordern. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Es zeigt sich hier — ich muß mich darauf beschränken —, daß der Staat die Notlage der eigenen Arbeiter nicht anerkennt, sondern daß man sich weigert, auch nur ein paar Pfennige Lohn zuzulegen. Auch die angestrebte Entstaatlichung der Kohlenwerke geht im wesentlichen nur auf die Bereicherung der Erwerber hin-

aus und auf den Abbau der Arbeiter und der Beamten in den staatlichen Betrieben.

Eine andere Frage ist die Stellung der Preußenregierung zum Reichsschulgesetz. Auch da hat die Preußenregierung nichts anderes unternommen, als die Reichsregierung in der Annahme dieses reaktionären Gesetzes zu bestärken und zu unterstützen. Die Kompromißvorschläge, die sie machte, liefen genau wie der Regierungsentwurf hinaus auf die Zerschlagung der Volksschule in drei Schulformen, die Verkirchlichung des Gesamtbetriebes der Bekenntnisschulen, die Zulassung christlicher Lehrer an weltlichen Schulen und das Antragsrecht von bereits 40 Erziehungsberechtigten zur Errichtung einer Konfessionsschule.

Wir sehen ferner, daß die Tendenzen der Reichsregierung auf Abbau der sozialen Fürsorge auch bei der Preußenregierung und bei der Mehrheit dieses Landtages durchaus Unterstützung finden und daß hier auf der gleichen Linie gewirtschaftet wird wie in der Reichsregierung. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Gerade der Abbau der Erwerbslosenfürsorge und dieses Scheinrecht, das man den Arbeitern durch das Erwerbslosenversicherungsgesetz eingeräumt hat, zeigen, daß die Ersparnisse des Staates immer nur auf Kosten der hungernden werktätigen Massen erzielt werden.

Man tut sich etwas darauf zugute, daß man endlich die Gutsbezirke, dieses junkerliche Vorrecht, aufgehoben hat. Aber man kann keinen Schritt vorwärts tun, ohne auch zugleich einen Schritt rückwärts zu machen. So hat man jetzt von den Sozialdemokraten, den Demokraten und der Zentrumsparlei ein Gesetz eingebracht, wonach in den aufgelösten Gutsbezirken die Wahlen bis zum 31. Dezember dieses Jahres hinausgeschoben werden sollen. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Dadurch werden die Gutsarbeiter auf weitere 6 bis 8 Monate um die Ausübung ihres Rechtes geprellt.

Dann ist hier vom Rundfunk die Rede gewesen. Wenn Herr Dr. Schwering sagte, er wünsche, daß die bisherige Überparteilichkeit des Rundfunks erhalten bleibe, so mag er diese Überparteilichkeit darin sehen, daß bisher in völlig einseitiger Weise der Rundfunk in den Dienst reaktionärer Anschauungen gestellt worden ist. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Wenn auch

hier und dort zur Täuschung der Arbeiter einmal ein Vertreter aus der Arbeiterschaft als Redner zugelassen wurde, so übte man die Zensur in einer so blödsinnigen Weise aus, daß sogar das Wort „Ausbeuter“ aus der Rede gestrichen werden mußte — ein absolut wissenschaftliches Wort, das ökonomisch durchaus begründet ist. Trotzdem streicht man es aus den Rundfunkvorträgen, um ja nicht anzustoßen.

Ich will kein Wort über die reaktionäre Zusammensetzung des ganzen Programms verlieren. Es muß allen Ernstes verlangt werden, daß der Arbeiterschaft in viel stärkerem Maß Einfluß auf die Gestaltung der Rundfunkprogramme eingeräumt wird. Es darf nicht lediglich einem Überwachungsausschuß überlassen werden, die Programme zu gestalten. Auch hier haben wir wieder die Tatsache, daß in Preußen ein Sozialdemokrat und ein Demokrat in einem solchen Dreimännerkollegium die Mehrheit haben, und trotzdem findet diese reaktionäre Einschränkung der Redefreiheit statt.

Ich will zum Schluß noch ein Wort zu dem Schwindel sagen, an den die Deutschnationalen selber nicht glauben — zu den Überfällen, die angeblich von linksgerichteten Organisationen auf die Rechtsverbände erfolgen. Allein die Tatsache, daß sowohl der Stahlhelm wie die Rechtsverbände in der letzten Zeit überall mit einer Frechheit ohnegleichen in Arbeiterbezirken auftreten, Provokationen über Provokationen unternehmen, Arbeiter überfallen und sie mit Messern bedrohen, widerlegt diese Behauptung. Der Mord in Prenzlau ist ein erneutes Zeichen dieser Überfälle. Da finden die Deutschnationalen den Mut, zu erklären, daß die armen Stahlhelmer von den Rotfrontkämpfern angegriffen würden. Wenn hier der Herr Ministerpräsident gesagt hat, daß er gleichmäßig vorgehe, so ist das nicht wahr. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.) Einseitig geht man gegen Links vor. Überall da, wo sich die Arbeiter zur Wehr setzen, werden ihre Organisationen aufgelöst, die Leute verhaftet, wochen- und monatelang in Untersuchungshaft behalten, während hier ein Arbeitermörder schon am nächsten Tage wieder unter der faulen Begründung, daß er in Notwehr gehandelt habe, auf freien Fuß gesetzt wird. Und daß die Deutschnationalen heute unserer Anregung widersprochen haben, unseren Antrag mit dieser Beratung zu verbinden, zeigt, daß sie selber nicht an ihren Schwindel von

den armen überfallenen Stahlhelmen glauben, sondern einer Auseinandersetzung darüber aus dem Wege gehen wollen.

Ich muß leider schließen, um mir noch einige Minuten für später aufzusparen. Wir werden das Geplänkel, das hier im Hause zwischen den Parteien unter dem Schein einer Etatsberatung erfolgt, zerstören. Wir werden draußen die Massen zum Klassenkampf aufrufen, um in den Wirtschaftskämpfen die große Einheitsfront zu schaffen, um nicht nur bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, sondern darüber hinaus auch die Kraft zu finden, mit dem ganzen bürgerlichen Gelichter in den Parlamenten aufzuräumen. Die Massen wollen wir befähigen, den kapitalistischen Staat, das Trustkapital und das Agrarkapital zu zerschlagen und an ihrer Stelle die Macht der großen Volksmassen aufzurichten — der werktätigen Massen, die ihre Macht in der Diktatur des Proletariats dokumentieren werden. So wird aus dem Wege geräumt, was den Aufbau des Sozialismus hindert.

Ich möchte noch eine Angelegenheit hervorheben, die besonders den arbeiterfeindlichen Charakter der Politik der preußischen Regierung kennzeichnet. Ich will hierbei auf die Gefahr hinweisen, die den werktätigen Massen durch den beabsichtigten Abschluß eines Konkordats und damit eines gesteigerten Einflusses der katholischen Kirche droht. Der Herr Ministerpräsident ist im Hauptausschuß um die Sache herumgegangen: Er hat sich auf die Ausführungen des Unterrichtsministers berufen. Dieser aber hat auch nur festgestellt, daß man hinter verschlossenen Türen verhandelt und den Landtag mit dem abgeschlossenen Vergleich genauso überraschen will wie seinerzeit mit dem Vergleich mit den Hohenzollern. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Durch dieses Konkordat soll der katholischen Kirche nicht nur ungeheurer Grundbesitz des Staates überwiesen werden, sondern es soll auch der Einfluß des Katholizismus in Deutschland in hohem Maße gesteigert werden. Während auch von den hinter der Sozialdemokratie stehenden Arbeitern die Frage der Weltlichkeit, der Entkirchlichung in den Vordergrund gestellt wird — die ganze Freidenkerbewegung wird von diesem Gedanken getragen —, arbeiten die sozialdemokratischen Führer planmäßig daran, den Einfluß der Kirche auf das gesamte Staatswesen zu steigern.

Dasselbe ist auch beim Schulgesetz der Fall. Es besteht kaum ein Zweifel darüber, daß nach den Wahlen dieses vom Zentrum verlangte Schulgesetz mit Zustimmung der Sozialdemokratie im Reichstage beschlossen werden wird.

Ich erwähne noch eine andere Angelegenheit, durch die auch dem Nationalismus in die Hände gearbeitet wird, der besonders von der Deutschnationalen Partei zur Irreführung der Volksmassen betrieben wird. Der Ministerpräsident hat seinerzeit den Aufruf zur Hindenburgspende¹ unterschrieben und damit begünstigt, daß Mittel, die angeblich zur Unterstützung der Kriegsoffer gesammelt wurden, in der Hauptsache auf dem Verwaltungswege verpulvert wurden und nicht in die Hände der Kriegsbeschädigten gelangten.

Ich komme dann auf die Frage des Panzerkreuzers. Für die Koalitionspolitik, die von der Sozialdemokratie und ihren Vertretern in der Regierung betrieben wird, war sehr kennzeichnend, wie der Ministerpräsident Braun seine Stellung zu rechtfertigen versucht hat. Er äußerte, ihr Einspruch, daß die Steuergroschen der werktätigen Massen in dieser unerhörten Weise verpulvert werden sollen, sei lediglich eine Frage der militärtechnischen Zweckmäßigkeit. Braun hat sich offen zu der Forderung des imperialistischen Machtstrebens des Trustkapitals bekannt, alle Mittel, die zur Steigerung der Macht der Bourgeoisie geeignet sind, zu bewilligen. Wir sehen in der Tat innerhalb der deutschen Bourgeoisie eine planmäßige Stärkung der imperialistischen Kräfte, um im Konzert der kapitalistischen Mächte gleichberechtigt mitreden zu können und sich in das Streben der großen imperialistischen Staaten auf Vernichtung des russischen Arbeiterstaates einzuordnen. Die Politik Stresemanns geht auf dieses Ziel hinaus, Konzessionen von der englischen und von der französischen Regierung unter Zusage der Beihilfe zum Kampf gegen die Sowjetunion zu erlangen. (Abgeordnete Frau Dr. Klausner: „Das gehört doch nicht hierher, sondern in den Reichstag!“) — Sie scheinen nicht zu wissen, daß der preußische Ministerpräsident den Ausspruch getan hat, daß alle diese Machtmittel unterstützt werden müssen;

¹Mit starker nationalistischer Propaganda verbundene „Sammlung zugunsten von Kriegsoffern“ anlässlich des 80. Geburtstages von Hindenburg. *Die Red.*

außerdem ist das Preußische Staatsministerium durch den Einfluß, den es im Reichsrat bei der Billigung der Politik der Reichsregierung hat, auch an der Reichspolitik direkt beteiligt.

Es ist also diese Frage hier lediglich vom Zweckmäßigkeitsgrundsatz aufgezogen. Wir erheben aber schärfsten Protest gegen jede derartige Rüstung, die nicht etwa zur Sicherung von Leben und Gesundheit der werktätigen Massen, sondern einerseits bei der Produktion der Rüstungsmittel zur Bereicherung der Aktionäre der Schiffbaugesellschaften und andererseits zur Verstärkung des imperialistischen Einflusses unternommen wird. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Davon haben nur die werktätigen Massen den Schaden. Sie haben die Lasten dieses verbrecherischen Handelns zu tragen. Der Weltkrieg hat das zur Genüge gezeigt. Die werktätigen Massen mußten mit ihrem Leben alle Verbrechen bezahlen, die von der Regierung und den Parteien in der Vorkriegszeit und auch während des Krieges begangen wurden. Sie mußten all die Verbrechen mit dem Leben bezahlen, mit denen man Militarismus und Krieg unterstützte. Durch die Bewilligung von Geldern wird hier im kleinen begonnen, was man im großen später fortzusetzen beabsichtigt.

Ich möchte nochmals auf das entschiedenste jene Hetze zurückweisen, die von den Deutschnationalen gegen die Arbeiterschaft getrieben wird. Die Regierung unternimmt nichts, jene großen Waffenlager auf den Gütern Ostpreußens und auch hier in der Provinz Brandenburg, von denen das Staatsministerium Kenntnis hat, auszuheben. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Es wird immer erklärt, das seien illegale Reichswehrwaffen, da könne man nicht heran. Im Grunde genommen sind es die Waffen, die von den Junkern und den Rechtsparteien versteckt werden, um Überfälle auf die Städte zu unternehmen. Jene berüchtigte Landbundhetze, mit der man den Bauern einredet, alle Schuld läge an den Großstädten, man müsse den Zug nach den Großstädten organisieren — das ist die planmäßige Vorbereitung des Staatsstreichs, gegen den die Staatsregierung nichts unternimmt und nichts unternehmen kann, weil das Streben jener Kreise verbunden ist mit den Interessen, die auch die Regierung vertritt. Die Regierung könnte nicht an dieser Stelle stehen, wenn sie nicht die Kapitalisten, die Bourgeoisie in ihrem Bestreben unterstützte, die

Arbeiterschaft am Boden zu halten, auszubeuten, zu knebeln. Das ist die Politik der Regierung, in der auch Sozialdemokraten sitzen. Es ist die Politik, die sich in nichts unterscheidet von der Politik des Bürgerblocks im Reichstage. Und wenn das Gerede kommt: Kampf dem Bürgerblock — nein, das Resultat des Kampfes aller bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie soll die Stärkung des Bürgerblocks sein. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Denn Koalition bedeutet Stärkung des Bürgerblocks. Der Bürgerblock stellt sich nicht nur dar als . . .

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Porsch, den Redner unterbrechend: „Ihre Redezeit ist abgelaufen.“

Der Vorredner hat auch über die Redezeit hinaus gesprochen.

Vizepräsident Dr. Porsch: „Die Redezeit muß streng innegehalten werden.“

Der Bürgerblock dokumentiert sich nicht nur in der Regierung, sondern die gleiche Koalition besteht auch in den Parlamenten. Und wenn die Sozialdemokratie auch in diese Koalition einbegriffen, einbezogen und gekauft wird, so stärkt sie den Bürgerblock.

Was aber die anderen Ausführungen angeht, mit denen der Herr Ministerpräsident zeigt, soundso viel Mittel seien schon aus dem zur Verfügung stehenden Betrage für Geschenke usw. verwendet worden (Lebhafte Zurufe bei den Kommunisten: „Das glauben wir nicht!“), so handelt es sich hier doch um folgendes, Herr Ministerpräsident: — der Beantwortung dieser Frage sind Sie sowohl hier wie im Ausschuß aus dem Wege gegangen — daß nach der neuen Methode die Verwendung dieser Gelder überhaupt nicht mehr kontrolliert werden soll. (Ministerpräsident Braun: „Das ist die alte, bisher geübte Methode; Sie wollen die Änderung!“) — Wir wollen, daß die Kontrolle über die Ausgaben dem Parlament verbleibt, also jeder Abgeordnete die Möglichkeit erhält nachzuprüfen. Wir haben nicht das Vertrauen zum Preußischen Staatsministerium, daß dieser Fonds nicht auch zu Zwecken verwendet wird, die man so schlechthin als die illegale Methode zur Bekämpfung der Arbeiterklasse bezeichnet. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Ich verstehe darunter Spitzeltätigkeit zur Beobachtung der linksgerichteten Arbeiter-

schichten. Wenn jetzt eine solche Änderung erfolgt, daß diese Mittel zu allgemeinpolitischen Zwecken verwendet werden sollen, während sie früher für unvorhergesehene Zwecke bewilligt wurden, so steckt hinter dieser Veränderung der Bezeichnung gleichzeitig die Legitimation, auch tatsächlich solche illegalen politischen Zwecke damit zu verfolgen. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Dagegen erheben wir schärfsten Protest. Wir wünschen, daß Einrichtungen geschaffen werden, die das unmöglich machen. Wenn sich der Herr Ministerpräsident hier dagegen zur Wehr setzt, so kennzeichnet das höchstens die Absicht, diese Verwendung der Gelder der öffentlichen Kontrolle zu entziehen. Wir haben deshalb auch beantragt, daß dieser Posten gestrichen werde.

Sodann handelt es sich um die Bewilligung der Mittel für den Unterhalt einer preußischen Gesandtschaft in München. (Zuruf rechts.) — Ja, wir werden das so lange wiederholen, bis sie endlich einmal gestrichen sind, weil wir meinen, daß es in Wirklichkeit eine Vergeudung der Steuergroschen der werktätigen Massen ist, wenn hier für den Unterhalt einer solchen Gesandtschaft 70 000 Mark im Jahr an Zuschuß verpulvert werden. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Hierbei ist auch noch etwas zu erwähnen: Der preußische Ministerpräsident hat selbst wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß er grundsätzlich gegen die Aufrechterhaltung dieser Gesandtschaft sei. Aber bei ihm ist eben Praxis und Grundsatz nicht übereinstimmend, weil es die Koalitionspolitik erfordert, daß man seine Grundsätze immer aufgibt. Ich habe hier vor mir einen Bericht über die Anwesenheit des Ministerpräsidenten in München im November vorigen Jahres. Er hat dort in einer Aussprache — anläßlich der Einweihung der renovierten Gesandtschaftsräume war Empfang beim preußischen Gesandten — ausgeführt:

Sie wissen, daß die Frage der Beibehaltung der innerdeutschen Gesandtschaften nach der verfassungsrechtlichen Neugestaltung Deutschlands umstritten ist. Ich mache auch kein Hehl daraus, daß ich selbst grundsätzlich auf dem Standpunkt der Entbehrlichkeit stehe.

Aber dann führte er weiter aus:

Er lege großes Gewicht darauf, daß die preußische Regierung mit der bayrischen Regierung in gutem Einvernehmen lebe. Die

bayrische Regierung wird das immerhin mit einem Achselzucken hingenommen haben. Es ist doch nicht unbekannt, daß die bayrische Regierung im Jahre 1923 ernstliche Maßnahmen unternommen hat, um der preußischen Regierung durch den Marsch der Hitlertruppen nach Berlin den Garaus zu machen. Also die bayrische Regierung legt nicht das Gewicht auf ein gutes Einvernehmen mit der preußischen Regierung. Ich sage deshalb: Lediglich um der preußischen Regierung die Gelegenheit zu geben, vor der bayrischen Regierung diese Reverenz zu machen, die die Steuerzahler Preußens 70 000 Mark kostet, dazu erscheint uns die Sache zu kostspielig. Wir haben deshalb beantragt, daß diese Ausgabe gestrichen wird, und wir erwarten, in diesem Hause eine Mehrheit zu finden, die diese unnütze Ausgabe verhindert. Wir werden auch bei dieser Frage den werktätigen Massen zeigen, wie von dem Parlament und von der Regierung immer gespart wird, wenn es sich um Arbeiterforderungen handelt. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Alle Anträge, die von den Kommunisten gestellt worden sind, um die Interessen der werktätigen Massen zu wahren, die Notlage der werktätigen Massen zu beheben, werden immer unter Berufung auf die Finanzlage abgelehnt. Hier ist die Möglichkeit gegeben, mindestens 70 000 Mark im Jahr zu sparen, und deshalb fordern wir, daß unser Antrag angenommen wird.

Wir sind überzeugt, daß auch bei Aufrechterhaltung dieser Gesandtschaft an dem feindseligen Verhalten der bayrischen Regierung gegenüber Preußen — das ja nicht der preußischen Bourgeoisie gilt, sondern der Arbeiterschaft in Preußen, insbesondere der Arbeiterschaft in Berlin — nichts geändert wird. Es ist deshalb viel besser, wenn der Posten gestrichen und versucht wird — das soll von unserer Seite mit allen Kräften geschehen —, die engste Kampfgemeinschaft zwischen dem bayrischen und dem preußischen Proletariat herbeizuführen, um damit der Gesandtschaft Preußens in München wie auch der Regierung in Bayern und in Preußen ein Ende zu bereiten.

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 16. und 17. Bd.

Schutzmaßnahmen — nicht leere Beileidsbezeugungen! Zum Grubenunglück in Erkenschwick

Preußischer Landtag¹

1. März 1928

Wir hören hier jedesmal, wenn ein großes Bergwerksunglück passiert, eine Beileidsrede des Landtagspräsidenten. Das Haus erhebt sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen. Diese Handlung des Präsidenten und des Landtages steht aber in unerhörtem Gegensatz zur sträflichen Leichtfertigkeit, mit der die verantwortlichen Personen mit dem Leben der Arbeiter umgehen. Die Anträge der Kommunisten, die eine ernsthafte Beseitigung der Gefahren fordern — deren Durchführung allerdings mit erheblichen Kosten für das Unternehmertum und den Staat verbunden wäre —, werden von der Mehrheit dieses Hauses hundesehnäuzig niedergestimmt. So erweist sich jede Ehrung der verunglückten Bergarbeiter als eine Blasphemie und nicht etwa als ehrliches Wollen, die Arbeiter vor den ihnen drohenden Gefahren zu schützen und diese Gefahren einzudämmen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Geradezu strafbar macht sich das Handelsministerium, wenn es nicht entsprechend den Beschlüssen dieses Hauses dafür Sorge trägt, daß das unerhörte Antreibersystem wenigstens etwas eingeschränkt wird — das Antreibersystem ist ja verbunden mit dem verruchten kapitalistischen System, bei dem täglich Arbeiter zu Hunderten dahingemordet werden. Die Regierung, die Mehrheit des Landtages sind mitschuldig an jedem Toten, der auf dem Schlachtfeld der Arbeit fällt, weil sie die Kapitalisten nicht ernstlich zwingen, die notwendigen Schutzmaßnahmen durchzuführen. Die Rücksicht auf den Kapitalismus, auf die Rationalisierung, die

¹ Auf der Zeche Ewald-Fortsetzung in Erkenschwick bei Recklinghausen stürzte am 1. März 1928 infolge Seilbruchs ein Förderkorb mit 48 Bergleuten in die Tiefe. Landtagspräsident Bartels verkündete zur Eröffnung der Sitzung am 1. März, daß bisher 14 Tote geborgen wurden.
Die Red.

nichts anderes ist als eine Vermehrung des Reichtums und des Profits, sind die Ursachen dieser unausgesetzten Unglücksfälle. Das Ministerium, die Mehrheit des Landtages, die ihre Aufgabe nur darin sehen, nicht den Arbeiter zu schützen, sondern den Kapitalismus, sind es, die verantwortlich gemacht werden müssen. Wir verlangen deshalb, daß der Handelsminister an Tagen, an denen solche Unglücksfälle passieren, hier zur Stelle ist, um sofort Auskunft über die Ursachen zu geben. Wir verlangen, daß er sich nicht feige vor der Verantwortung drückt, wie es geschehen ist.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Bartels, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, Sie haben eben von dem Herrn Handelsminister gesagt, daß er sich feige vor der Verantwortung drückt. Ich rufe Sie dafür zur Ordnung.“

Der Handelsminister weiß seit einigen Stunden von dem Unglück. Wenn er sich wirklich verantwortlich fühlte, dem Landtage Auskunft zu geben, dann würde er hier zur Stelle sein. Wenn er dieses Pflichtbewußtsein nicht in sich trägt, dann wollen wir Kommunisten dem mit unseren Forderungen etwas nachhelfen und draußen vor den Massen zeigen, welche erbärmliche Heuchelei man mit diesen Beileidskundgebungen in diesem Landtage treibt.¹

„*Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung*“, 17. Bd.

¹ Der zur Geschäftsordnung gestellte Antrag auf Herbeirufung des Ministers für Handel und Gewerbe wurde abgelehnt. *Die Red.*

Die arbeiterfeindliche Politik der preußischen Koalitionsregierung

*Erklärung in der letzten Sitzung der 2. Wahlperiode
Preußischer Landtag¹
30. März 1928*

Die kommunistische Fraktion gibt zur Auflösung des Landtages folgende Erklärung ab:

Vor der Auflösung des Landtages hält sich die kommunistische Fraktion für verpflichtet, den werktätigen Massen Preußens noch einmal kurz zusammengefaßt die arbeiterfeindliche Politik der Weimarer Koalitionsregierung in Preußen und der bürgerlichen Parteien im Landtage sowie der Sozialdemokratie vor Augen zu führen. Hinter der Phrase von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit verbirgt sich nur schlimmste Reaktion und einseitige Stellungnahme für die Kapitalistenklasse.

Nach wie vor dominieren im staatlichen Verwaltungsapparat die alten reaktionären Beamten. Wo sie durch sogenannte Republikaner ersetzt worden sind, offenbaren diese fast ausnahmslos gegenüber der werktätigen Bevölkerung eine Brutalität, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Besonders kraß tritt dies dort zutage, wo die Sozialdemokraten die Polizeigewalt in der Hand haben — angefangen vom Minister des Innern bis zu dem Polizeipräsidenten.

Die „soziale Gerechtigkeit“ im preußischen Klassenstaate sieht so aus, daß in den Wirtschaftskämpfen der Arbeiterklasse die Polizeimacht zugunsten des Unternehmertums und zum Schutze der Streikbrecher eingesetzt wird, daß das Staatsministerium seine Zustimmung zur Hinauszögerung des Inkrafttretens der Arbeitszeitverordnung gibt, daß die Gewerbe- und Bergwerksaufsicht im Interesse des kapitalistischen Profits den Arbeiterschutz mit Füßen tritt. Fast 1 Million Unfälle und der Tod von

¹Die vierjährige Wahlperiode des am 7. Dezember 1924 gewählten Landtages war noch nicht abgelaufen. Da aber für den Reichstag Neuwahlen zum 20. Mai 1928 vorgesehen waren, beschloß der Landtag seine Auflösung, damit die Wahl beider Parlamente gleichzeitig vorgenommen werden konnte. *Die Red.*

ungefähr 10 000 Arbeitern sind die Folgen. Die staatlichen Betriebe wenden gegen ihre Angestellten und Arbeiter die gleichen Lohndruck- und Ausbeutungsmethoden an wie jeder private Unternehmer und das Trustkapital. Die preußische Koalitionsregierung unterstützt, daß die Land- und Industriearbeiter durch den unerhörten Schlichtungszwang um die Früchte ihrer Lohnkämpfe geprellt werden. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

Viele Hunderte Millionen Mark sind dem Industrie- und Agrarkapital aus Steuermitteln in Form von Subventionen und Krediten zugewandt worden, während die Proletarier in Not und Elend verkommen; Kleinbauern und Kleingewerbetreibende sind bei diesen Subventionen und Krediten stets leer ausgegangen und unterliegen wie die Arbeiter einem unerhörten Steuerdruck. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Für kirchliche Zwecke und Pfarrerbesoldung hat die preußische Regierung weit größere Mittel angewendet als jede frühere Regierung. Die Junglehrer-, Lehrer- und Schulnot aber zu beseitigen oder auch nur zu mildern, scheidet an der kategorischen Weigerung des Staatsministeriums, die erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Den Hohenzollern und Standesherrn sind Hunderte von Millionen Mark in bar und in Sachwerten ausgeliefert worden. Das Kabinett Braun war und ist bereit, durch das Konkordat auch der Kirche ungeheure Vermögenswerte und große politische Macht zu übertragen. Pferderennen, Theater und andere Luxusbedürfnisse der Bourgeoisie werden in weitestem Umfange mit Geldmitteln unterstützt. Für Säuglingspflege, Kinderspeisungen, Betreuung durch den Schularzt und alle anderen Wohlfahrtsaufgaben werden nur Bettelpennige zur Verfügung gestellt. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten. — Zurufe.)

Ein besonders trauriges Kapitel der preußischen Koalitionspolitik ist die Wohnungsfürsorge. Jahr für Jahr werden Tausende Millionen Mark an Hauszinssteuern aus den breiten Massen herausgepreßt. Kaum die Hälfte davon findet für den Wohnungsbau Verwendung. Die Zahl der neuerbauten Wohnungen deckt nicht einmal den jährlichen Neubedarf. Die Mieten in den Neubauwohnungen sind für Proletarier unerschwinglich.

Während die Femeorganisationen von der Braun-Regierung

begünstigt worden sind, weigert sie sich, eine allgemeine Amnestie für die proletarischen politischen Gefangenen im Reiche wie im Lande zu befürworten und durchzuführen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Aus dieser Aufzählung auch nur eines kleinen Teiles der reaktionären Taten der preußischen Koalitionsregierung und der bürgerlich-sozialdemokratischen Parteien ergibt sich, daß sie keine andere Politik betrieben hat als die Bürgerblockregierung im Reiche. Die Braun-Regierung hat die Bürgerblockregierung in ihren reaktionären Maßnahmen: in der Erhöhung der Zölle, Mieten, Massensteuern usw. stets unterstützt und ergänzt — wie sich aus ihrer Stellungnahme im Reichsrat zur Genüge erweist.

Die werktätige Bevölkerung wird den Weimarer Koalitionsparteien wie auch den Rechtsparteien bei den Wahlen die Quittung für ihre reaktionäre Politik erteilen.

Offen tritt durch das Verhalten der SPD und der bürgerlichen Parteien in Erscheinung, daß im Reiche wie in Preußen der Kurs auf die Große Koalition gesteuert wird und damit der Bürgerblock sich auch eine feste parlamentarische Basis verschafft. Die Sozialdemokratie stärkt durch ihre Koalitionspolitik den Bürgerblock und spaltet durch diese Politik die werktätigen Massen.

Die Kommunisten rufen die werktätigen Massen auf zum Zusammenschluß in der roten Front des Klassenkampfes unter Führung der Kommunistischen Partei. (Lebhafte Bravorufe bei den Kommunisten. — Unruhe und Zurufe.) Sie rufen den werktätigen Massen zu, bei den Wahlen ihre Stimmen nur den Kommunisten zu geben und dadurch zugleich ihren Willen zu bekunden, durch den revolutionären Kampf die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen und an ihrer Stelle die Rätewacht aller Werktätigen aufzurichten, ein freies, sozialistisches Deutschland im Bunde mit der Sowjetunion zu schaffen und damit den Aufbau des Sozialismus und die Beseitigung aller Klassenherrschaft in die Wege zu leiten.

Nieder mit dem Bürgerblock und der Koalitionspolitik der Sozialdemokratie! Es lebe der Kampfblock aller Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Kommunistischen Partei!

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagung“, 17. Bd.

Proletarische Einheitsfront gegen bürgerliche Koalitionspolitik!

Aus der Rede im Preußischen Landtag

11. Juni 1928

Ministerpräsident Braun erklärte, daß sich die Wählerschaft am 20. Mai in ihrer Mehrheit für die Politik der preußischen Regierung ausgesprochen habe und daß deshalb kein Anlaß vorliege, von der Regierung zurückzutreten. Die Regierung ist hinsichtlich des Vertrauensvotums, das ihr die Wählerschaft erteilt haben soll, sehr bescheiden geworden. Mein Vorredner hat schon mit Recht darauf hingewiesen, daß die Mandatsverhältnisse in diesem Hause der eigentlichen Entscheidung der Wählermassen nicht entsprechen. Der Herr Ministerpräsident sollte sich aus der Zeit, als er noch Sozialdemokrat war, erinnern, daß es sich auch in den Wahlentscheidungen nicht etwa um die parlamentarischen Manöver der Parteien und der Regierung handelt, sondern daß hinter diesen Wahlentscheidungen gewaltige wirtschaftliche Faktoren stehen, daß die Wahlentscheidungen nur ein Gradmesser des Verständnisses sind, mit dem die einzelnen Klassen versuchen, ihre Aufgaben zu lösen. Wenn man nach dieser Beurteilung die Wahlergebnisse prüft, so ist unverkennbar: Die werktätigen Wählermassen haben bei dieser Wahl ihre Entscheidung dahin gefällt, daß sie die heutige kapitalistische Herrschaft — wie sie insbesondere durch das Trustkapital ausgeübt wird — auf das schärfste verurteilen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Es ist nicht von ungefähr, daß sogar die Partei, die sich bisher immer rühmen konnte, bei all den Schwankungen der Wählermassen einen eisernen Bestand zu haben, die Zentrumspartei, diesmal eine entscheidende Niederlage, einen großen Verlust von Wählerstimmen, erlitten hat. Andererseits ist für diese Entscheidung ebenso typisch, daß die Demokratische Partei, die auch wie die Sozialdemokratie in scheinbarer Opposition zur Bürgerblockregierung gestanden hat, ebenfalls eine empfindliche Wahl-

niederlage erlitten hat. Wenn man zur Grundlage der jetzigen Regierung diese beiden Parteien — die Demokratische und die Zentrumspartei — nimmt, so zeigt sich in dem Verlust dieser beiden Parteien, daß man keineswegs folgern kann, die Wahlentscheidung auch in Preußen bedeute eine Billigung der Politik der Koalitionsregierung. Die Weimarer Koalition ist in diesem Hause nicht in die Minderheit geraten. Das ist nicht etwa auf angebliche Vorzüge der Regierung der Weimarer Koalition zurückzuführen, sondern auf den ungeheuren Linksruck der Wählermassen, auf ihre Abwanderung von den bürgerlichen Parteien. Davon hat vorläufig allerdings noch die Sozialdemokratie einen gewissen Vorteil.

Diese ausgeprägte antikapitalistische Entscheidung der breiten Wählermassen hat es mit sich gebracht, daß die Sozialdemokratie einen Stimmenzuwachs erhalten hat, daß also die Weimarer Regierungskoalition sich einer kleinen Mehrheit erfreuen kann. Aber der Ministerpräsident sollte sich doch so viel Reste marxistischen Wissens bewahrt haben, daß er den typischen Charakter, den diese Wahlentscheidung hat, nicht verkennt.

Was hat zu dieser Wahlentscheidung geführt? Was steckt hinter ihr? Was steckt hinter dieser Abwanderung der Wählermassen von fast allen bürgerlichen Parteien? Es steckt dahinter die wachsende Radikalisierung der Arbeitermassen und des Kleinbürgertums. Die Politik, die heute die Regierungen treiben — sei es die Bürgerblockregierung im Reiche, sei es die Koalitionsregierung in Preußen —, ist die Politik des Trust- und Bankkapitals. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Keine Regierung ist in Deutschland ohne den Segen, ohne den Willen dieser Kapitalismächte möglich. Und weil das Trustkapital seine politische Gewalt nach Möglichkeit hinter dem Schleier der sogenannten bürgerlichen Demokratie verbirgt, herrschen heute die kapitalistischen Massenparteien. So ist es auch möglich, daß diese rücksichtslose Herrschaft des Trust- und Bankkapitals noch nicht so kraß in Erscheinung tritt, wie sie tatsächlich vorhanden ist. Aber die werktätigen Massen, die Kleinbürger, die Gewerbetreibenden spüren diese Herrschaftsgewalt in einer wachsenden Verelendung, in einer Herabdrückung ihrer ganzen sozialen Lage. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Es ist auch nicht von

ungefähr, daß die Wirtschaftspartei diesen Zuwachs erlangt hat; das ist ein Zeichen dafür, daß die Kleingewerbetreibenden fühlen, die Politik, die heute die bürgerlichen Parteien treiben, ist nichts anderes als die rückhaltlose Unterstützung des Trustkapitals, das in seinem Konkurrenzkampfe, in der Vernichtung aller wirtschaftsschwachen Elemente brutal vorgeht, kein Erbarmen, keine Rücksicht kennt. In diesem Anwachsen der Wirtschaftspartei zeigt sich, daß die kleingewerbetreibenden Massen immer noch von der Illusion beherrscht sind, es sei auf dem Wege des Parlamentarismus, auf dem Wege der bürgerlichen Gesetzgebung, möglich, sie vor dem vollkommenen Ruin zu bewahren. Sie flüchten sich deshalb von den anderen bürgerlichen Parteien zur Wirtschaftspartei. Aber auch diese Partei wird natürlich nicht in der Lage sein, der Macht des Trustkapitals irgendeinen Hemmschuh anzulegen. Früher oder später werden die Wähler der Wirtschaftspartei zu der Einsicht kommen, daß ihre miserable Lage nicht durch die bürgerliche Demokratie, nicht auf dem Wege des Parlamentarismus, irgendwie gebessert werden kann. Aber immerhin zeigt sich doch darin, daß diese Kleinbürger für die Wirtschaftspartei stimmen, weil sie einen Ausweg suchen, um ihrer antikapitalistischen Einstellung . . . (Zuruf bei der NSDAP: „Antisozialistischen Einstellung!“) Sie haben vom Sozialismus so viel Verständnis wie der Esel vom Lauteschlagen! („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten. — Heiterkeit. — Zurufe rechts.) Behalten Sie also Ihre Wissenschaft für sich!

Ich will also unterstreichen, daß in diesem Anwachsen der Wirtschaftspartei nicht etwa ein Ausgleich gegenüber dem großen Verlust der Deutschnationalen Volkspartei, der Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten gesehen werden kann, sondern nur der typische Zug des Kleinbürgertums, eine Kampfposition gegen den Kapitalismus zu beziehen. (Zuruf bei der NSDAP. — Lebhaftige Zurufe bei den Kommunisten. — Gegenrufe rechts. — Unruhe.)

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Bartels, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter, ich weiß Ihren Namen nicht, aber ich bitte, die fortgesetzten Störungen zu unterlassen!“

Das ist ein neuer Gelehrter, der hier eingezogen ist. Die Nationalsozialisten brauchen doch ihre Hohlköpfigkeit nicht allzu offensichtlich zu zeigen . . .

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Bartels, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, ich nehme an, daß Sie das nicht auf Abgeordnete bezogen haben!“

Nein, die Herren haben alle ziemlich dicke Köpfe hier. (Heiterkeit.) Es ist deshalb notwendig, von diesem wirtschaftlichen Standpunkt die Wahlergebnisse und die Wahlentscheidung anzusehen. Was ist festzustellen? Rücksichtslos geht das Trust- und Bankkapital vor in der Steigerung seiner Profite, in der Abwälzung aller Lasten — die durch den verlorenen Krieg der deutschen Wirtschaft auferlegt wurden — auf die werktätigen Massen. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Das Trustkapital sucht die Konkurrenz auf dem Weltmarkt aufzunehmen, aber mit Mitteln, die sich wiederum nur als eine ungeheure Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der werktätigen und kleingewerblichen Kreise auswirken. Die Frage der Konzentration des Trustkapitals ist eine Frage nicht nur der Vernichtung der Kleingewerbetreibenden, sondern auch einer Vernichtung oder jedenfalls Herabdrückung all derjenigen Kreise, die in der Fertigwarenindustrie ihre Existenz suchen. Wir sehen ferner, daß die Mittel der Rationalisierung, mit denen das Kapital die Erträge der Produktion zu steigern versucht, nicht etwa Mittel sind, durch den technischen Fortschritt die Ergebnisse der Produktion zu steigern — sondern, um eine höhere Profitrate herauszuwirtschaften durch die primitivsten Mittel der Arbeitszeitverlängerung, des Lohnherabdrückens, des Antreibersystems.

Das, was sich heute als eine vorübergehende, relative Stabilisierung des Kapitalismus zeigt, ist Scheinkonjunktur, nicht etwa hervorgegangen aus einer gesteigerten technischen Verbesserung der Produktion, sondern erzielt durch geborgtes Kapital, für das die deutsche Wirtschaft in großem Umfang tributpflichtig, abhängig vom Auslandskapital ist. Aber auch hier sehen wir, wie das Trust- und Bankkapital diese Verpflichtungen nicht etwa aus den Gewinnen der Aktionäre nimmt, sondern wiederum nur durch die Herabdrückung der Lebenshaltung der

werktätigen Massen aufzubringen sucht. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die Konjunktur, in der vorübergehend große Arbeitermassen Beschäftigung gefunden haben, ist nicht etwa eine Konjunktur auf Grund einer Gesundung der deutschen Wirtschaft, sondern sie ist bloßer Schein, der heute schon offen das Gesicht der neuen wirtschaftlichen Depression zeigt. Alle, die sich ernsthaft mit den Elementen dieser Konjunktur beschäftigen, sind sich klar darüber, daß wir uns bereits im Anfange des Absinkens dieser Konjunktur befinden.

Dieses Zeichen der Konjunktur ist auch das Menetekel der kapitalistischen Wirtschaft. Die Anhänger dieser Wirtschaft sind alle überzeugt, daß wir den schwierigsten wirtschaftlichen Verhältnissen entgegengehen. Das war auch im Grunde genommen der Anlaß, warum man die Parlamente jetzt aufgelöst hat. Man weiß nämlich, daß bereits im Herbst die Massenerwerbslosigkeit wieder unerhörten Umfang angenommen haben wird.

Es sind nicht nur die Fabrik- und Landarbeiter, die unter der Herrschaft des Trust- und Bankkapitals leiden; auch die Angestellten, die Beamten, die Kleingewerbetreibenden usw. leiden darunter. Doch das Kapital sucht seine wirtschaftliche Position nicht nur auf dem Wege der verschärften Ausbeutung und Niederkonkurrierung der Kleingewerbetreibenden zu halten, sondern auch mit dem brutalen Mittel eines unerhörten Preiswuchers. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Die Erhöhung der Kohlenpreise, die geplante Erhöhung der Reichsbahntarife — alles das, was unternommen wird, um die Preise in die Höhe zu schrauben —, wirkt sich unmittelbar aus bei der Lohn- und Gehaltszahlung der Arbeiter, der Angestellten und Beamten und bei dem, was sie für ihren Unterhalt kaufen können. Das sind in erster Linie die Ursachen, die den Massen immer mehr zum Bewußtsein bringen, daß es in der kapitalistischen Wirtschaft keinen Ausweg aus dem Elend gibt, sondern daß diese Wirtschaft darauf aus ist, die großen Massen herabzudrücken auf ein Kulidasein, auf ein Dasein, das sich kaum von der Barbarei unterscheidet. Denn all die Scheinkultur, die wir heute haben, die sogenannten Wohlfahrtsvereine, all das vermag in keiner Weise zu verschleiern, wie es hinuntergeht in die absolute Massenverelendung der Werktätigen. In welchem unerhörten Maße, das

zeigen die Krankenzahlen, die Invalidenzahlen und die Unfallzahlen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Es ist klar, daß sich diese Erkenntnis in irgendeiner Weise bei den Massen äußert, und die Wahl war eine solche Gelegenheit für sie, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Der Ausdruck dieser Meinung zeigt bis zu einem gewissen Grade das Verständnis der werktätigen Massen dafür, in welcher Richtung eine Lösung ihrer Aufgaben möglich ist. Diese Linksentwicklung, diese Radikalisierung der werktätigen Bevölkerung des Kleinbürgertums, diese antikapitalistische Stimmung beweisen, daß der Weg in der Richtung gesucht wird, den die Kommunisten nicht nur zeigen, sondern für den sie auch die werktätigen Massen zusammenfassen und organisieren.

Nun die Frage des Stimmenzuwachses der Sozialdemokratischen Partei! Es könnte so scheinen, als ob meine Ausführungen durch den Stimmenzuwachs der Sozialdemokratischen Partei widerlegt wären. („Sehr richtig!“ bei den Sozialdemokraten.) Es könnte so scheinen! Aber hat etwa die Sozialdemokratische Partei ehrlich den Wahlkampf mit der Parole geführt: Kampf gegen den Kapitalismus? Hat sie den Kampf gegen die kapitalistischen Parteien geführt? Hat sie im Wahlkampf die Frage gestellt, ob Koalitionspolitik oder Klassenkampf? Dem Schein nach, ja! In der Anweisung an die Referenten der Sozialdemokratischen Partei werden die Demokratische Partei und das Zentrum angegriffen, wird der Schein erweckt, als führe sie den Kampf gegen den Kapitalismus für den Sozialismus. Die Massen, die der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben, taten das in dem Glauben an das, was im Wahlkampf gesagt worden ist. Sie waren der Auffassung, daß dann — wenn sie von den bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie gehen —, auf einem anderen Wege als dem, der bisher in den Parlamenten eingeschlagen wurde, den werktätigen Massen geholfen werden könne. Sie sind der Illusion, daß die Sozialdemokratische Partei noch fähig sei, wirklich den Kampf gegen den Kapitalismus, gegen das Trust- und Bankkapital zu führen, daß sie fähig sei, einen ernsthaften Kampf gegen die kapitalistischen Parteien zu unternehmen. In dieser Illusion gingen die Wählermassen zur Sozialdemokratie und trugen damit zur Steigerung ihrer Stimmenzahl bei.

Was tut nun aber die Sozialdemokratie? Herr Stampfer vom „Vorwärts“ schrieb:

Es sei doch selbstverständlich, daß sich die Wählermassen der Sozialdemokratie darüber klar gewesen seien, daß die Sozialdemokratie ihren Mandatsgewinn wie auch die Mandate selbst nur auf dem Gebiete der Koalitionspolitik mit den kapitalistischen Parteien verwerten wird. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.)

Das schrieb Herr Stampfer, nachdem sich der Parteiausschuß der Sozialdemokratie für die Große Koalition entschieden hatte. Vordem klang es im „Vorwärts“ etwas anders.

Die Sozialdemokratie hat aber auch in ihren eigenen Reihen nicht so überzeugte Anhänger der Großen Koalition (Zustimmung.), wie überhaupt die Koalitionspolitik von einem Teile der führenden Sozialdemokraten nicht als der Weg angesehen wird, auf dem sich die Sozialdemokratie ihren Anhang erhalten könne. Ich könnte aus den Schriften der Sozialdemokratie aus früherer und jüngerer Zeit aufzeigen, daß die Kommunisten in der schärfsten Bekämpfung der Koalitionspolitik und damit auch der Führung der Sozialdemokratischen Partei durchaus recht haben. Ich brauche nur an das Wort Bebels zu erinnern, der sagte, daß — wenn sich die Arbeiterpartei mit ihren Klassenfeinden, mit den kapitalistischen Parteien, verbindet — die Verlierenden immer die Arbeiter und die Gewinnenden immer nur die Kapitalisten seien. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Aber ich weiß ja, daß das, was einst Marx und Engels, die alten Führer der Sozialdemokratie, die Arbeiter lehrten — mit deren Lehren die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften groß und stark geworden sind —, seit dem August 1914 von den heutigen Führern der SPD auf den Schindanger geworfen ist. Es ist deshalb ebenfalls nur ein Betrugsmanöver, wenn die sozialdemokratische Führerschaft den Arbeitern einzureden versucht, daß der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie erst dann wieder mit voller Kraft aufgenommen werden könnte, wenn die Spaltung der Arbeiterschaft in Sozialdemokraten und Kommunisten aufgehoben sei, und daß an

dieser Spaltung die Kommunisten mit ihrem Klassenkampf schuld seien. Das ist eine Lüge, eine Verdrehung, ein Betrug. Denn die Sozialdemokraten müssen selber zugeben, daß die Koalitions-politik die Zerreißung der werktätigen Massen bedeutet („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.), eben in jene, die sich durch die Koalitions-politik verwirren und vom rücksichtslosen Klassen-kampf gegen das Kapital abhalten lassen, und jene, die diesen Kampf unter Aufbietung aller Opfer führen. Max Adler brachte in der letzten Zeitschrift der sogenannten linken Sozialdemo-kratie, im „Klassenkampf“, zum Ausdruck, daß die Koalitions-politik nur die Arbeiterschaft spaltet und sie lähmt, ihren Klas-senkampf rücksichtslos zu führen.

Es ist auch nicht von ungefähr, daß das Zentrum seine helle Freude daran hat, daß es die Sozialdemokratie in den Bann der Zentrumspolitik gezwungen hat. Der Prälat D. Kaas hat auf einer Reichsausschusitzung des Zentrums am 12. April 1928 geäußert, das Zentrum habe das Verdienst, die SPD durch den Zwang der Koalitions-politik zu einem staaterhaltenden Aufbaufaktor der bürgerlichen Gesellschaft erzogen zu haben. Dadurch sei der SPD die Möglichkeit stark beschnitten worden, ihre destruktiven kultur- und kirchenpolitischen Pläne durchzuführen. Dies zeigt, daß das Zentrum als Klassenkampfpartei wohl weiß, was der Bourgeoisie nützt. Aber die Sozialdemokratie, die von sich behauptet, eine Arbeiterpartei zu sein, ist nichts anderes als die Dienerin der Bourgeoisie. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Kautsky — auch kein Unbekannter —, der sich sehr gewandelt hat, schrieb:

Das Proletariat ist durch seine Klassenlage eine durch und durch revolutionäre Klasse . . . es untergräbt die Wurzeln seiner eigenen Kraft, wenn es sich auf die Rolle eines konservativen Gardisten einer etwa herrschenden liberalen Bourgeoisie gegen-über dem Ansturm von Pfaffen, Junkern und Söldnern beschränkt.

Das schrieb Kautsky in einem Vorwort zum „Kommunistischen Manifest“ im Jahre 1906. Noch 1926 wurden bei einem Neudruck des „Kommunistischen Manifests“ diese Worte unverändert übernommen.

Die heutige Sozialdemokratie will das revolutionäre Proletariat zum konservativen Gardisten für die Junker, für die Bourgeoisie, für die Pfaffen machen. Wenn die Sozialdemokratie den Wahlkampf so wie die Kommunisten geführt hätte — ob Koalitionspolitik oder nicht —, dann wären, wenn sie im Wahlkampf offen für die Große Koalition eingetreten wäre, keine 9 Millionen Stimmen auf die SPD entfallen, dann hätte sie bestimmt den gleichen Verlust gehabt wie die Deutschnationalen. Denn die werktätigen Massen, die sich heute von den kapitalistischen Parteien abgewendet haben, wollen nicht, daß deren Politik fortgesetzt wird. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Aber die Sozialdemokratie will durch die Große Koalition diesen Parteien ermöglichen, daß sie ihre Politik fortsetzen können.

Deshalb kann der Stimmenzuwachs dieser Regierung nicht als eine Billigung ihrer Politik gebucht werden. Denn die Politik der Weimarer Koalitionsregierung ist doch in nichts unterschieden von der Politik des Bürgerblocks im Reichstage. Sie haben hier in diesem Hause Ihre Regierungsgemeinschaft zwar auf die Mitte beschränkt. Aber das, was diese Regierung im Reichsrat tat, war die hundertprozentige Billigung der Maßnahmen dieser verruchten Bürgerblockregierung.

Wenn hier der Vertreter der Deutschnationalen gegen die preußische Regierung wettet — meine Herren, Sie können doch nur höchst befriedigt über diese Tätigkeit sein, wenn es Ihnen nicht etwa nur auf Ministersessel ankommt, denn die Interessen Ihrer Klasse sind durch diese Regierung geschützt und gefördert worden. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die Leidtragenden bei dieser Politik sind die werktätigen Massen, die Kleingewerbetreibenden, die Kleinbauern, die Landarbeiter, Angestellten und Beamten, die die Kosten einer solchen Politik der Regierung tragen müssen.

Die Kommunisten werden ihre ganze Kraft daransetzen, mit allen Mitteln der Propaganda die werktätigen Massen von der Illusion zu befreien, daß etwa durch die bürgerliche Demokratie und den Parlamentarismus ihre wirtschaftliche Lage gebessert werden kann. Wir werden alles daransetzen, und die Tatsachen, die das Trustkapital, das Bankkapital, das Agrarkapital, der Imperialismus schaffen, unterstützen uns bei dieser Arbeit der